

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Sonnabend, den 15. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Wie das Kolonialland verschachert wird.

Neben den schrillen Sektären gegen den unglückseligen „Baron de Schoen“ hört man in dem Pressekonzerte, das die Parlamentssession einleitet, immer wieder das Motiv des kolonialpolitischen Kagenjammers heraus. Dernburg, der Vaterlandsreiter vom Jahre 1906, ist jetzt das beliebte Wurfziel fauler Äpfel. An der Spitze seiner Feinde schreiet die agrarische Presse, die dem Toben der deutschen Kolonisten ein vielfaches Echo verleiht, bei denen Dernburg der schwarze Mann ist. Den Grund dieses Treibens bilden einige koloniale Fragen, die das öffentliche Interesse erheischen, weil sie viel Licht auf den Charakter der deutschen Kolonialpolitik werfen, unter ihnen besonders die Landgesellschaftsfrage in Südwestafrika.

Herr Dernburg hat die Frage nicht geschaffen. Er hat sie geerbt, und seine Schuld liegt in den Augen seiner bürgerlichen Gegner darin, daß er, der Vertreter des kolonialen Großkapitals, der gewesene Leiter der Darmstädter Bank, diese Frage nicht anders lösen kann und will, wie es das Interesse der Berliner Banken verlangt. Wie entstanden die Landgesellschaften? Ihre Gründung geht teilweise der Übernahme Südwestafrikas durch das Reich voraus, teilweise fällt sie in die ersten Jahre nach diesem Ereignis (24. April 1884). Sie entstanden dadurch, daß entweder deutsche Kapitalisten — wie es der Bremer Kaufmann Lüderitz im Jahre 1883 tat —, für Lappatten von den Hauptlingen der Eingeborenen, denen der Eigentumsbegriff und das Verständnis dessen, was sie taten, gänzlich fehlte, große Flächen jungfräulichen Bodens erschafften, oder sie bekamen es von der Regierung zugeschanzt. Deutschland begann seine Kolonialpolitik in der Zeit, wo weite kapitalistische Kreise ihre „Notwendigkeit“ gar nicht einsehen wollten, weil das deutsche Kapital weder nach Anlagegelegenheit in exotischen Ländern, noch nach den kolonialen Märkten verlangte, der innere, europäische und amerikanische Markt genügte ihm noch völlig. Als der Prozeß der Afrikaverteilung im Gange war, griff die deutsche Regierung zu. Sie wußte aber nicht, was mit dem Land zu tun sei. Aber die Möglichkeiten seiner wirtschaftlichen Entwicklung herrschten höchst pessimistische Anschauungen, das Kapital verriet keine Lust, die sandigen Wüsteneien besiedeln zu wollen. Um es dazu zu bewegen, begann die Regierung, ihm Land zu schenken. Diese Praktik bemühte sich Bismarck im Reichstag dadurch zu verteidigen, daß er das Regiment der Gesellschaften in den Kolonien — sie sollten selbst die Kosten der Kolonien aufbringen — als der bürokratischen Verwaltung überlegen pries. So verteilte die Regierung listig den „deutschen“ Boden in Südwest an die Kapitalisten, wobei sie nicht einmal nach ihrer Nationalität fragte; so bekam z. B. die hauptsächlich durch englisches Kapital gespeiste South West Africa Company 13 000 Quadratkilometer Bodenfläche. Auf diese Weise wurde an fünf Gesellschaften (die genannte englische, dann die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die Kakao- und Minengesellschaft, die Siedlungsgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika und die South African Territories Ltd.) zirka 266 450 Quadratkilometer Boden, d. h. den dritten Teil des südwestafrikanischen Gesamtflächeninhalts verteilt. Als äußerer Vergleichsmaßstab für die Größenverhältnisse sei erwähnt — schreibt der Admiralsratsrat Köbner in seiner: Einleitung in die Kolonialpolitik —, daß der Landbesitz der deutschen Kolonialgesellschaft und der Kakao- usw. Gesellschaft erheblich umfangreicher ist als das Königreich Bayern, der der South West Africa Company nicht viel geringer als das Königreich Sachsen und der der Siedlungsgesellschaft und South African Territories Ltd. noch erheblich größer als das Herzogtum Hessen ist.

Wie diese Gesellschaften für die Entwicklung der Kolonie wirkten, sei mit den Worten des Gouverneurs von Südwest aus seiner Denkschrift vom 19. Oktober 1906 wiedergegeben:

Nicht erleichtert, sondern erschwert wird der Land-erwerb von Seiten der Landgesellschaften in ihren Gebieten. Es ist nur natürlich, daß eine Erwerbsgesellschaft, die in einem im Aufschwunge begriffenen Lande große Gebiete besitzt, diese entweder gar nicht, oder nur zu hohen Preisen verkauft. In dieser Beziehung sind alle im Schutzgebiete tätigen Landgesellschaften gleich. Sie können durch Warten nur gewinnen und erfreuen sich zum Teil noch des Schutzes der Bestimmung, daß ihr Land insoweit frei von allen Steuern und Abgaben sein solle, als es unbenutzt im Eigentum der Gesellschaft verbleibt. Das Gegenteil wäre das richtige. Daher sind die Landgesellschaften — daran zweifelt hier im Schutzgebiete niemand — ein Hindernis der Besiedelung, und ein wesentlicher Teil des Besiedelungsplans der Verwaltung muß darin bestehen,

sie zu beseitigen oder wenigstens zur Mitarbeit an den wirtschaftlichen Aufgaben des Ganzen nach Analogie der vom Gouvernement aufgestellten Säge zu zwingen.

Die Kolonialgesellschaft für Südwestafrika bezahlte für ihren Besitz 700 000 Mk., jetzt beträgt sein Wert mehrere hundert Millionen, sie hat aus ihm bis jetzt schon ca. 10 Millionen Reingewinn gezogen, der Kurs ihrer Hundert-Mark-Aktien beträgt 1950, sie zahlt 20—25 Prozent Dividende und sammelt einen Reservefonds, der mehrere Millionen beträgt. Ihre Einkünfte rekrutieren sich nicht nur aus der Bodenspekulation, sondern auch daraus, daß sie das Recht besitzt, den Abbau der Bergwerke auf ihrem Gebiet mit Steuern zu belegen. Je größer die weiße Bevölkerung in Südwest wird, je mehr Boden bebaut wird, desto hemmender ist der Einfluß dieser Gesellschaften. Der kleine Junker, der mit einigen zehntausend Mark nach Südwest kommt, um dort sich anzusiedeln, muß das Geld beim Eintritt in das Land den Gesellschaften, hinter denen die Berliner Banken stehen, hingeben. Man kann sich denken, wie groß der Schmerz dieser Träger deutscher Kultur ist! Er wurde direkt brennend, als man Diamanten im südwestafrikanischen Sande fand, der auf dem Boden der Gesellschaften lag und die den Anspruch auf ein Abbaumonopol erhob.

Das Geschrei der südwestafrikanischen Junker brachte die gefinnungsverwandte agrarische Presse auf die Beine, sie forderte mit lauter Stimme von der Regierung Abhilfe, um so mehr, als ihr sehr wohl Mittel zu Gebote ständen, den Gesellschaften das Lebenslicht auszublauen. Nach den Verträgen nämlich, die das Reich mit den Gesellschaften schloß, hatten diese die Pflicht, die Verwaltungskosten für ihr Schutzgebiet zu tragen, was sie aber nur bis zum Jahre 1891 taten. Da sie seit diesem Jahre dieser Pflicht nicht nachkamen, ist das Reich befugt, ihnen alle Rechte zu entziehen. Die Regierung tat es aber nicht. Dernburg schloß mit den Gesellschaften neue Verträge ab, die ihnen nur die Pflicht auferlegten, zehn Jahre lang den Boden für bestimmte Preise an Ansiedler zu verkaufen und die Schürftätigkeit nicht zu unterbinden. Dazu schenkte er dem Staate noch 33 Prozent des Diamantenwertes durch einen Ausfuhrzoll zu, während er ihnen durch die Verleihung eines Abbaumonopols in einem 30 000 Quadratkilometer großen Gebiet die Möglichkeit eines jährlichen Einkommens von 10 Millionen Mark überdies schuf.

Daß es so kam, ist ganz gewiß keine persönliche Schuld Dernburgs, wenn es auch gewiß ist, daß bei diesem Rebbach seiner Freunde das Herz des früheren Börsenjobbers in freudiger Erregung schlug. Eine kapitalistische Regierung kann und will sich nicht mit den Großbanken überwerfen, die ihre Anleihen unter das Publikum bringen und von deren Einfluß sie durchsetzt ist. Und so wird der Schmerzensschrei der mittelbürgerlichen und junkerlichen Schichten, die für ihren Kolonial-Enthusiasmus einen Anteil am Profit fordern, wirkungslos verhallen, selbst wenn er Herrn Dernburg den Hals kosten sollte.

Der deutschen Sozialdemokratie aber gibt diese Geschichte die Möglichkeit, markant dem arbeitenden Volke und dem Kleinbürgertum zu zeigen, in wessen Interesse Kolonialpolitik getrieben wird. Während das Reich seit 1891 ohne Kriegskosten allein an Zuschüssen für die Verwaltung 550 Millionen Mark für Südwestafrika verwannte, und immer neue Millionen aus den Taschen der beschloßenen Steuerzahler für dieses Juwel unter Deutschlands Kolonien herauszieht, läßt es den Gesellschaften das Recht der Bergwerkssteuer, das diesen allein schon durch die Diamantensteuer jetzt jährlich eine Million einbringen wird. Diese Tatsachen zur Kenntnis der Massen gebracht, müßten auch dem Unaufgeklärtesten zeigen, wie es um den Kolonialtrummel bestellt ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Am Freitag sprachen bei der Fortsetzung der ersten Beratung der kleinen Justizgesetze im Reichstage ausschließlich Juristen, und zwar mit Ausnahme des Justizministers Bessler und des Redners der polnischen Fraktion von Dziedrowski nur Richter. Der Redner unserer Fraktion wird erst am Sonnabend das Wort ergreifen. Es versteht sich, daß die Kritik der Richter nicht gerade grundstützend war. Relativ am schärfsten und besten sprach Müller-Meinungen und nächst ihm Gröber. Der Nationalliberale Herr Heinze suchte nebenbei die deutsche Politik zu glorifizieren, und die Sprecher der beiden konservativen Fraktionen Wagner und Bahrenhorst äußerten allerlei reaktionäre Wünsche. Der Freikonservative Bahrenhorst zeigte sich noch rückständiger als der deutsch-konservative Wagner, der wenig-

stens die Zuziehung von Laien zur Berufungsinstanz wünschte. Es scheint, daß die Regierung entschlossen ist, dieser bescheidenen Forderung ein „Unannehmbar“ entgegenzusetzen und an dieser Frage evtl. das ganze Flickwerk scheitern zu lassen. Die Ausföhrung des preussischen Justizministers Bessler — Staatssekretär Lisco schwieg sich aus — legen diese Vermutung nahe. Es kann ja aber auch sein, daß die Regierung einem nachdrücklichen Verlangen der Reichstagsmehrheit nachgibt. Ob aber ein solcher Nachdruck vorhanden ist, muß abgewartet werden. Man weiß ja, was man von Zentrums- und Sozialdemokraten in erster Lesung zu halten hat. — Einiges Grundfäßliche über das Flick- und Stückwerk werden wir nach Beendigung der ersten Lesung sagen. Diese soll am Sonnabend zu Ende geführt werden, nachdem der Versuch des Vizepräsidenten Spahn, sie in einer Dauerlesung durchzudrücken, vereitelt worden ist. Außerdem stehen Interpellationen, darunter die unserer Fraktion über die Entschädigung der Tabakarbeiter, auf der Tagesordnung der Sonnabendlesung.

Die Budgetkommission des Reichstages

setzte die Beratungen über die Ausbeutung des südwestafrikanischen Diamantfeldes fort. Das Zentrum hat einen Antrag eingebracht, wonach im Nachtragsetat eine Anmerkung gemacht werden soll, daß Bergwerkskonzessionen und Landkonzessionen vor der Verleihung dem Bundesrat und dem Reichstage vorzulegen seien. Staatssekretär Dernburg bekämpfte den Antrag, weil seine Annahme entweder wichtige geschäftliche Maßnahmen unmöglich mache oder die Beamten zwingt, diese Vorschriften zu übertreten. Abg. Erzberger wollte unter Umständen das letztere gestatten, was aber zu den bedenklichsten Konsequenzen führen müsse. Man dürfe dem Beamten nicht sagen, daß er gegebenen Falles das Gesetz übertreten dürfe, denn damit öffne man der Willkür Tür und Tor. Längere Ausführungen machte der Staatssekretär über die Gründung der Diamantgesellschaft und die Verwertung der gewonnenen Diamanten und brachte dabei einen besonders krassen Fall zur Sprache, wonach eine Gesellschaft gegründet wurde und 30 000 Schürfscheine a 30 Mk. verkauft hatte, obgleich die Gründer auf dem betreffenden Gebiete keine Diamantfunde gemacht hatten.

Eine Waisenaussteuer für die fortfallende Witwenrente.

Über die geplante Gewährung einer Waisenaussteuer im Rahmen der Reichsversicherungsordnung schreibt man dem „N. Pol. Tsgd.“: Wenn beide Ehegatten Versicherungsbeiträge entrichtet hatten und die Witwe wegen des auf ihrer eigenen Beitragsleistung beruhenden Invalidenrentenanpruchs einen Anspruch auf Witwenrente nicht erheben kann, so soll hierfür außer dem Wittwengeld auch eine Zahlung an die Waisen geleistet werden. Abgesehen von dem Zeitpunkt unmittelbar nach dem Tode des Ehemannes, der für die Gewährung des Wittwengeldes entscheidend ist, entstehen für die Hinterbliebenen auch bei der Schulentlassung der Waisen und ihrem Eintritt in eine Berufstätigkeit erhebliche bare Auslagen. Da nun zu diesem Zeitpunkt auch regelmäßig der Bezug der Waisensrente endigt, so ist in Aussicht genommen, den Hinterbliebenen zur Deckung dieser Unkosten als weiteren Ersatz für die fortfallende Witwenrente eine einmalige Zuwendung als Waisenaussteuer zur Verfügung zu stellen. Für ihre Zubilligung wird ebenso wie beim Wittwengeld das Versicherungsverhältnis der Mutter beim Tode des Ehemannes maßgebend sein. Entweder muß die zu diesem Zeitpunkt noch erwerbsfähige Ehefrau durch ihre Beitragsleistung die Wartezeit für die reichsgesetzliche Invalidenrente erfüllt und ihre Invalideität aufrecht erhalten haben, oder die Ehefrau, die zu diesem Zeitpunkt schon Invalide ist, muß den Anspruch auf eine Invalidenrente erworben haben. Wenn aber die Witwe erst nach dem Tode des Ehemannes aber vor Ablauf des fürsorgerbedürftigen Alters der Waisen die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt hat, weil sie beim Tode des Mannes die erforderliche Zahl von Beiträgen noch nicht entrichtet oder die Beitragsleistung erst nach diesem Zeitpunkt begonnen hat, so soll den Waisen auch in diesen Fällen die Waisenaussteuer gewährt werden.

Die liberale Einigung in Thüringen

hat zu einem Wahlkartell geführt, das in der Aufstellung der Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl zur Ausföhrung kommen soll. Die beiden liberalen Gruppen respektieren zunächst den Bestehenden ihrer Reichstagsmandate im Herzogtum Meiningen, sowie in den Fürstentümern Schwarzburg und Reuß. Den Wahlkreisen Weimar-Appolda, den zurzeit der Antikemist Graf vertritt, haben die Nationalliberalen den Freisinnigen überlassen, wofür diese auf eine eigene Kandidatur in Eisenach-Deimbach zugunsten

der Nationalliberalen verzichten müssen. Aber den Wahlkreis Sena-Neustadt ist eine definitive Entscheidung noch nicht getroffen. Die Freisinnigen beanspruchen die Kandidatur für sich, dafür soll Koburg den Nationalliberalen überlassen werden. Die Verteilung der Kandidaturen soll mit Rücksicht auf den Rück nach links erfolgt sein. Von dem Rück nach links ist in Thüringen allerdings sehr wenig zu merken. Gerade der jetzt im Eisenacher Kreise stattfindende Wahlkampf zeigt, daß die Nationalliberalen und in ihrer Gefolgschaft der Freisinn recht auffällig nach rechts abgeschwenkt sind.

Deutsch-portugiesischer Handelsvertrag.

Die 6. Kommission des Reichstages, die diesen Handelsvertrag zu beraten hatte, ist mit ihren Arbeiten fertig bis auf die Vornahme der Abstimmung, die auf Donnerstag, den 20. Januar, verschoben wurde. Der Vertrag zeigt so recht, wie schwierig es ist, auf Grund des deutschen Zolltarifes brauchbare Handelsverträge abzuschließen. In dem Vertrag sind zwei Tabellen enthalten, die eine bezeichnet jene Gegenstände, auf die der Zoll einseitig von der portugiesischen Regierung jederzeit erhöht werden kann und das sind gerade solche Artikel an deren Export die deutsche Industrie stark interessiert ist. Demgegenüber will es nichts bejagen, daß in einer weiteren Tabelle eine Menge Gegenstände aufgezählt werden, für die der Zoll fest gebunden ist, denn hier handelt es sich meist um solche Artikel, die aus Deutschland wenig oder garnicht bezogen werden. Die Interessenten sind gespalten. Der eine Teil ist für den Vertrag, der andere dagegen. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, dafür lieferte der Nationalliberale Abg. Merkel ein Beispiel. Ein deutscher Attache hatte nach diesen Angaben nach Portugal telegraphiert und deutsche Importeure gebeten, eine Petition für diesen Vertrag an den Reichstag zu senden. Nach Angabe des genannten Abgeordneten ist diese Petition, die noch nicht eingetroffen ist, auch von den Konsuln anderer Mächte unterzeichnet. Die Stimmung in der Kommission war so, daß mit der Ablehnung des Vertrages, an dem nichts geändert werden kann, gerechnet werden könnte. Deshalb die Hinausschiebung der Abstimmung. Jedenfalls kann nicht gesagt werden, daß die Gesamtheit der Industrie von diesem Handelsvertrag Vorteile hat. Abg. Wolkenbühr wies in nachdrücklicher Weise darauf hin, daß derartige Handelsverträge die unausbleibliche Folge der deutschen Zollpolitik sind.

Die Mannesmann-Angelegenheit.

Die Gebrüder Mannesmann und die mit ihnen im Bunde stehenden deutschen Kapitalisten lassen sich die Vertretung ihrer angeblichen Rechte ein derbes Stück Geld kosten. In den nächsten Tagen erscheint in einem bis dahin recht unbekanntem Verlag „Continental, G. m. b. H.“ eine Broschüre, die ein nicht weniger unbekannter Schriftsteller, Osman, verfaßt hat. In dem umfangreichen Schriftwerk werden die Preßstimmen zusammengestellt und dann wird mit der Behauptung operiert, daß die sozialdemokratische Presse sich zur Stütze der Regierung hergegeben habe. Daß diese Behauptung rein aus den Fingern gezogen ist, bedarf keiner näheren Darlegung. Es handelt sich bei diesem Streit auch nicht entfernt um das Ansehen des Reiches, sondern lediglich darum, ob der Profit, der aus Marokko gezogen werden könnte, in die Taschen der Gebrüder Mannesmann, oder in die der Firma Krupp fließen soll. Das ist die einzige mögliche Formel, auf die der ganze Streit gebracht werden kann. Als Kronzeuge für die Rechte der Gebrüder Mannesmann werden eine Anzahl Personen aufgeführt, aus deren Reihe nur folgende Namen genannt sein sollen: Abg. Dr. Ahrendt, Professor Eichhoff, Reichsverbands-General von Liebert und andere. Diese Namen haben in Deutschland einen so trefflichen Klang, daß es um die Rechte der Gebrüder Mannesmann doch nicht besonders gut bestellt sein kann, wenn sie sich auf Politiker dieses Schlages berufen müssen. Jedenfalls kann das eine gesagt werden, mit Geld, um für ihre Interessen Propaganda zu machen, sparen die Gebrüder Mannesmann nicht.

Vom Ziegen der landwirtschaftlichen Schutzzölle.

In dem in Meß erscheinenden „Lothring“ wird zwischen den Fleischpreisen diesseits und jenseits der deutsch-französischen Grenze folgender Vergleich gezogen:

In der deutschen Grenze	In Frankreich
ein Pfund Schweinefleisch	1.- Mt. 0,64 Mt.
„ „ Rindfleisch	0,64 bis 0,84 „ 0,53 bis 0,61 „
„ „ Kalbfleisch	1.- „ 0,72 „
„ „ grüner Speck	0,90 „ 0,48 „

Ähnlich verhält es sich mit den Brotpreisen. Der Unterschied beim Sechspfundbrot beträgt 24 Pfg. Ein Arbeiter aus Ars, der 12 Kinder hat, geht allwöchentlich zweimal nach Arnaville und holt jeweils 7 Brote. Er spart hierdurch monatlich 13,44 Mk.

Flugblattverteilung in der Kirche.

Das durch die Reichsfinanzreform in eine schwierige Lage geratene Zentrum ist eifrig bemüht, die Wähler wieder zu beruhigen. So wurde in dem schwäbischen Städtchen Günzberg am Sonntag während des Lesens der Messe in der Stadtpfarrkirche an jeden Kirchenbesucher das bekannte „München-Glabacher Zentrumflugblatt „Die roten Falschmänner“ verteilt. Die Verteilung besorgten die Mitglieder des katholischen Gesellenvereins.

Aus dem Wahlkreis Wülheim-Wipperfürth.

Die „Staatsbürgerzeitung“ erklärt, daß die Meldung, der gemeinsame Reichstagskandidat der christlich-sozialen Partei und des Bundes der Landwirte für Wülheim-Wipperfürth, Pfarrer Hermann, habe eine Erklärung erteilt, daß er ohne sein Wissen als Kandidat aufgestellt worden sei, ein von den Liberalen aufgetriebener Schwindel sei. Pfarrer Hermann feige der Notiz durchaus fern und habe keinerlei Erklärung im Sinne der liberalen Verdunkelungsart abgegeben.

Die deutsche Volksernährung im englischen Wahlkampf.

Der englische Wahlkampf ist vornehmlich ein Kampf zwischen Schutzzöllern und Freihändlern. Erstere beziehen sich zum Beweis dafür, daß die Schutzzölle von Schaden für das Volk sind, auf Deutschland, und das Deutsche Reich kann wirklich sehr darauf sein, daß es als erfolgreiches Beispiel ins Feld geführt wird. Das frei-

händlerische „Daily Chronicle“ hat, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus London telegraphiert wird, einen eigenen Korrespondenten nach dem in Sachsen gelegenen Ortsteindorf, einem Hauptort der Spitzengindustrie, entsandt und festgestellt, daß bei der dortigen Bevölkerung Pferdefleisch die Hauptnahrung bildet und Hundfleisch nicht verachtet wird. Herr Bitterlich, der Hauptpferdeschlächter in Crottendorf, hat dem Korrespondenten anvertraut, daß der Verbrauch an Pferdefleisch im Dorfe 350 bis 500 Pfund pro Woche beträgt, und daß dessen Preis 30 Pfg. pro Pfund ist. Hundfleisch ist um 5 Pfennig teurer, der wöchentliche Konsum beträgt 50 bis 60 Pfd. Es würde mehr Hundfleisch gegessen werden, wenn mehr Hunde auf den Markt kämen. Früher, sagte er, seien solche von jenseits der böhmischen Grenze gekommen. Jetzt äßen die Böhmen sie selber. Auch hat der Korrespondent erfahren, daß in Chemnitz zehn Pferdeschlächter sind, die im Durchschnitt jeder zwölf Pferde pro Woche schlachten. Da jedes der Pferde dreihundert Pfund Fleisch liefert, so werden 36 000 Pfd. pro Woche oder zwei Millionen Pfd. pro Jahr konsumiert. Neben der Verteuerung des Fleisches durch die Zölle kommt allerdings noch die von den Agrariern herbeigeführte künstliche Verteuerung in Betracht. Das Ansehen Deutschlands wird durch die Aufdeckung solcher Zustände nicht gehoben.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages,

die nach Schluß der vorigen Session neugewählt worden ist, beriet über die Geschäftstage. Es liegen im ganzen noch 25 Wahlprüfungen vor, von denen bereits 19 für die Arbeit der Kommission bereitliegen. Die Kommission wird darum wöchentlich am Mittwoch, Donnerstag und Freitag Sitzungen abhalten. Ein Ingenieur hat eine rotierende Wahlurne gebaut und sie empfohlen. Man stellt es ihm frei, sie der Kommission zur Prüfung zuzuführen.

Die Scheidung der Geister.

Der dicke Agrarierprophet und begeisterte Anhänger nicht nur der Prügelstrafe, sondern auch einer brutalen Gewaltpolitik gegen die Arbeiterbewegung, Dr. Dertel, hat am Montag auf einer schlesischen Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte gesprochen und dort sein Zukunftsevangelium verkündet. Natürlich bedrängt sein schulmeisterlich-poetisches Agrariergemüt im gegenwärtigen Moment vor allem die Wahlrechtsfrage und er erklärte dazu:

„Halten wir das gute Wahlrecht fest, das wir haben. Wir brauchen das preussische Wahlrecht als Damm gegen die Sozialdemokratie. Wer die Verfassung stürzen will, stellt sich außerhalb der Verfassung und der kann, wie Herr von Kröcher sagt, nicht Subjekt, sondern muß Objekt der Gesetzgebung sein. Wie können die antimonarchistischen Sozialdemokraten den Verfassungseid bei ihrem Eintritt in die Einzelkandidatur schwören? Wie können in Baden nationalliberale Professoren usw. Pakte mit der Sozialdemokratie schließen? Dafür haben wir kein Verständnis! Man komme uns doch nicht mit der alten Mauernergeschichte! Die Sozialdemokratie hat sich schon verschiedentlich gemausert, aber sie ist immer radikaler geworden. Unser neuer Steuermann hat die Pflicht, die gewalttätige Entscheidung, zu der die Sozialdemokratie drängt, fernzuhalten. Er hat die Pflicht, die Autorität, die Monarchie gegenüber dem revolutionären Ansturm zu schützen. Und dabei soll er uns an seiner Seite finden!“

In seinem Traum von einem Gewaltkampf sieht er sich aber doch nach Bundesgenossen um. Er hat sie schon gefunden im — Zentrum. Kirchliche und staatliche Reaktion sollen den Kampf gegen alles, was Fortschritt heißt, gemeinsam aufnehmen. In bezug auf das Zentrum erklärte Dertel: „Das Zentrum hat im Laufe der Zeit Böcke gemacht, wie wir auch, aber es hat in vielen nationalen Fragen seine Pflicht getan und ist wirtschaftspolitisch zuverlässig gewesen, und ich gehe zehnmal lieber mit dem Zentrum als mit dem Freisinn, der auch mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache macht, und ich gehe hundert- und tausendmal lieber mit dem Zentrum, als mit der vaterlandslosen revolutionären Sozialdemokratie!“

Und dann machte er einen „gottseligen“ Augenaufschlag und sagte weiter: „Eine Scheidung der Geister muß kommen: auf der einen Seite das christliche Volk — auf der anderen die Revolutionäre. Die Vorbedingung der Einigung des christlichen Volkes ist aber die konfessionelle Versöhnung. Die Trennung der Konfessionen ist nach Gottes Rathschluß in unserem Volke entstanden, sie muß als historische Notwendigkeit ertragen werden, aber wir sollen den Riß nicht unnötig erweitern durch gegenseitigen Haß. Der Bund der Landwirte möchte den Kristallisationspunkt, die Kerntruppe in dem letzten Entscheidungskampfe bilden, hat aber nicht den Ehrgeiz, Führer darin zu sein. Der Acker war die Grundlage der Kultur, er wird unsere Kultur weiter schützen. Der Pflug hat in der alten deutschen Sage den Drachen vertrieben; der Pflug wird auch den Drachen der Sozialdemokratie überwinden im Aufblick zum Holze des Kreuzes. Wenn wir nach dem Willen dessen handeln, der die Geschichte der Völker lenkt, dann wissen wir, wohin die Fahrt geht: Aufwärts — hin zu Gott.“

Man sieht, wohin nach Ansicht des Erschulmeisters und Agrarierführers ohne Ar und Halm die Reise gehen soll. Eine Zusammenfassung der reaktionären Kräfte der staatlichen und kirchlichen Reaktion ist das Ideal, unter dessen Zeichen man die Sozialdemokratie zu überwinden hofft. Der Anfang ist ja schon gemacht im Schnapsblock. Ob aber das Zentrum geneigt sein wird, den Spuren Dertels zu folgen? Man darf es noch bezweifeln, denn die schwarzen Herren werden nicht so leichtsinnig die Gefolgschaft der katholischen Arbeiter aufs Spiel setzen wollen, die ihnen unabwehrbar verloren gehen würden, sobald das Zentrum sich offen und unverhüllt mit den protestantischen Agrariern verbünden würde.

Aber darin hat Dertel recht: Die Scheidung der Geister wird kommen, nur in einer ihm viel weniger angenehmen Form. Auf der einen Seite wird sich die Reaktion in jeder Gestalt sammeln, auf der anderen mit der Sozialdemokratie alles, was ernsthaft den Kulturfortschritt zu fördern willens ist. Wer dann Sieger bleiben wird, ist keine Frage.

Christlich-evangelische Wohltäter in den Kolonien.

In den amtlichen „Denkschriften über die Entwicklung der Schutzgebiete in Afrika und der Südpole für 1908/09“ berichtet auch der evangelische Stationsmissionar F. Fenchel in Keetmanshoop über seine und seiner Gehilfen christliche Missionstätigkeit. In dem Bericht kommt folgende von ebensoviel christlicher Liebe wie weit-sichtiger Fürsorge für die armen Säuglinge zeugende Stelle vor:

„Wir haben bis jetzt in dem Erziehungs-Institut für halbwaise Kinder 21 Kinder aufgenommen, von denen eins gestorben. Da es uns an frischer Milch fehlte, mußten wir kleinere Säuglingskinder zurückweisen, weil sie uns vermutlich an Sterblichkeit eingegangen wären, wie überhaupt 50 Kinder in der Gemeinde fast ausschließlich an dieser Krankheit starben.“ Natürlich sind die zurückgewiesenen Säuglinge, wahrscheinlich auch „halbwaise“, deren Väter deutsche Kolonisten sind, erst recht „eingegangen“, denn den armen Müttern ist nicht Gelegenheit gegeben, sich kondensierte Milch zu verschaffen, wenn die frische Milch fehlt.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion bestimmte am Freitagabend die Redner für die zweite Lesung des Etats. Es werden sprechen: Zum Titel Reichskanzler: Ledebour und Böhle, zum Auswärtigen Amt: Scheidemann und Dr. David, zum Reichsamt des Innern: Fischer und Hoch, zur Marine: Bebel und Südekum, Reichswerken: Severing und Legien, Justizetat: Stadthagen und Heine, Kolonialetat: Eichhorn und Noske, Schutzgebiete: Ledebour und Stolle, Reichseisenbahnamt: Lehmann und Ziegler, Reichseisenbahnen: Emmel und Böhle, Postetat: Singer, Zubeil, Eichhorn, Militärstat: Strüchlen und Noske. In die Kommission zur Vorberatung der Justizgesetze wurden delegiert: die Genossen Frank, Frohms, Hoch und Stadthagen.

Verhinderung der preussischen Wahlreform.

Die „Korrespondenz Woth“ meldet: Die preussische Wahlreform wird, wie wir hören, vor Mitte Februar auf keinen Fall an das Abgeordnetenhaus gelangen, wahrscheinlich ist sogar ein späterer Termin. Unter diesen Umständen ist an eine erste Lesung der Vorlage vor Ostern im Plenum, schon mit Rücksicht auf die übrigen Geschäftstage des Hauses, nicht zu denken. Die Stimmung innerhalb der Parteien geht schon heute dahin, die Vorlage erst der öffentlichen Kritik zu unterbreiten und sie nach Erledigung des Etats zu beraten. Die Staatsberatung wird aber, obgleich sie wieder wie in den Vorjahren kontingentiert werden soll, vor Ostern nicht zu Ende geführt werden können, so daß die Wahlvorschläge erst Ende April zur Beratung kommen. Für den Fall, daß diese Wahlvorlage eine Verfassungsänderung vorsteht, müssen sowohl im Abgeordnetenhaus wie im Herrenhause zwei Abstimmungen stattfinden, die 21 Tage voneinander zeitlich getrennt sein müssen. Wenn die Wahlreform also noch im Sommer 1910 verabschiedet werden soll, so dürfte sich die Session sehr in die Länge ziehen.

Zur Meininger Landtag

wurde am Donnerstag das Gesetz betr. die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte weiter beraten. Das Gesetz bedeutet in seiner gegenwärtigen Form einen erheblichen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand. Das einstimmig angenommene Gesetz lautet von nun ab:

Es gilt künftig nicht als Armenunterstützung: 1. Die Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstalts- pflege, 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge (einschließlich der Kosten für Zwangserziehung), der Erziehung oder Ausbildung für einen Beruf, 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, 5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Auf die von der sozialdemokratischen Fraktion in einigen Punkten vorgebrachten Bedenken erklärte die Regierung, daß die Armenunterstützung nicht mehr entrenchend wirken soll, wenn es sich um Gewährung von Unterstützung an Angehörige in gerader Linie, also um den Vater selbst, oder die Frau und die minderjährigen Kinder handelt.

England.

Die englischen Wahlen. Die Parlamentswahlen haben gestern mit der Wiederwahl Joseph Chamberlains in West-Birmingham begonnen. In Durham und Bury St. Edmunds wurde je ein Unionist gewählt. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 15. Januar. Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Lorkuhl in Rükning (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierte Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Gegen die geplante Gewerbesteuer sprach sich am Freitag eine vom Rabattparverein und vom Detailistenverein einberufene Versammlung aus. Rechtsanwält Fehling bekannte sich zunächst als Anhänger einer Gewerbesteuer, sprach sich jedoch im Verlaufe seines Referats entschieden gegen die Lübecker Gewerbesteuer aus. Der Korreferent v. Schaack ist ein Gegner der Gewerbesteuer, während er die Warenhäuser mit der noch weit ungerechteren Umsatzsteuer ganz gern belassen möchte. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Die heute im Konzerthaus Fünfhausen tagende, von zahlreichen Interessenten aus Handel- und Gewerbetreibenden besuchte Versammlung steht in der vom Senate beantragten Gewerbesteuer vorlage eine einseitige, ungerechte Belastung der wertvollen Bevölkerungsklassen. Auch hält sie dafür, daß die Einführung der geplanten Gewerbesteuer mit den Interessen der Allgemeinheit unvereinbar ist. Indem sie die einmütige

Abkühlung des Gesehtenwurfes erwartet, spricht sie die Hoff-
nung aus, daß die Veruche zur Einführung einer Sonder-
steuer auf Handel und Gewerbe nach Lage der Verhältnisse
in Lübeck als endgültig geachtet zu betrachten sind.

Der vierte Rühle-Abend, der gestern im Gewerkschafts-
hause abgehalten wurde, erfreute sich wieder eines sehr zahl-
reichen Besuches. Der Vortragende schilderte in 1 1/2 stündiger
Rede die germanischen Verhältnisse sowie den Übergang von
der Bedarfswirtschaft zur Warenproduktion. Reicher Bei-
fall wurde dem Genossen Rühle zuteil. Der nächste Vortrag
findet am kommenden Dienstag Abend statt.

Das Frühlingswetter in Deutschland. Seit Beginn
dieses Jahres herrschen in ganz Deutschland ungewöhnliche
Witterungsverhältnisse. Die Temperatur ist auch zur Nacht-
zeit oberhalb des Gefrierpunktes und zeitweise haben wir
Temperaturen wie in den letzten Märztagen. Der Direktor
des „Berliner Wetterbureau“, Professor Vernitz, äußerte
sich über die Ursache der Wetterlage befragt, in nachstehender
Weise: „Seit einiger Zeit befindet sich in Deutschland ein
sehr tiefes barometrisches Minimum, das vom Atlantischen
Ozean kommend über Järö und die skandinavische
Halbinsel weiter nach Osten zieht. Gleichzeitig
ist auch seit längerer Zeit ein hohes barometrisches
Maximum in Mitteleuropa zu konstatieren, das
durch Depressionen allmählich nach dem Süden gedrängt
wird. Deutschland befindet sich in der Mitte zwischen Hoch-
druck und Depressionsgebiet. Demzufolge lassen sich die süd-
westlichen Winde erklären, die uns ziemlich warme, aber
auch feuchte Luft vom Ozean zuführen. Je tiefer das Mi-
nimum ist, desto stärker sind die Winde und höher die Tem-
peratur. Beim Vorübergang dieses Minimums treten zahl-
reiche starke Niederschläge auf, denen dann nach Westen
merkliche Abkühlung zu folgen pflegt. Die Dauer dieser ab-
normen Witterung läßt sich außerordentlich schwer bestim-
men, doch ist anzunehmen, daß die Winde bei uns noch
längere Zeit anhalten werden, um sich dann langsam nach
West, vorübergehend Nordwest, zu drehen.“

Ein betäubender Unglücksfall trug sich gestern morgen
gegen 11 Uhr auf dem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer
„Stadt Lübeck“ zu. Beim Öffnen von Cellulose traf ein
Ballen den im Raum beschäftigten Bormann Grimm so
unglücklich, daß er einen komplizierten Unterleibsbrech
des linken Beines erlitt. Mitleidige Sanitätswagen wurde der
Verletzte in das katholische Krankenhaus gebracht. In ein
paar Jahren ist dieses der dritte Verbruch, den der Ver-
letzte sich am Hafen zugezogen hat. Ein Zeichen, wie ge-
fahrvoll die Arbeit der Hafenarbeiter ist, obgleich alle Vor-
sicht angewandt wird.

pb. Entwendete Herbedecke. Auf der Chaussee vor
den Gebäuden der Pizzeria Bunteck wurde gestern Nach-
mittag von einem Pferde herunter eine aus grauem und
rotem Plüsch gefertigte Herbedecke gestohlen.

pb. Wer ist der rechtmäßige Eigentümer? Bei einem
hiesigen Uhrmacher verjuchte gestern nachmittags ein Mann
einen Trauring zu verkaufen, über dessen Erwerb er wider-
sprechende Angaben machte. Der Trauring ist gezeichnet
Paul Gofel, 24. Februar 1909, er befindet sich im Bureau
der Kriminalpolizei.

pb. Steckbrieflinge. Festgenommen wurde ein Arbeiter
und Blumenhändler aus Stapelfeld, der seitens der Königl.
Staatsanwaltschaft in Altona wegen Diebstahls im
wiederholten Mafse flehentlich verfolgt wird. — Festge-
nommen wurde ein Heizer von hier, der seitens der Groß-
herzoglichen Amtsanwaltschaft in Schwartau wegen Dieb-
stahls flehentlich verfolgt wird.

pb. Erwischter Wäschdieb. Festgenommen wurde ein
Schüler aus Hattum, der von einer Wäscherin an Kaltenplatz
Wäsche im Werte von 10 M. von derleine gestohlen hat
und ein Schuhmacher aus Steinfirchen, der mit dem Diebe
zusammen die Wäschstücke veräußerte.

pb. Diebstahl. Im Laufe des gestrigen Tages wurden
aus einem auf dem Boden belegenen Zimmer eines Hauses
Bedergrube ein Jackettanzug (dunkelgrauer Stoff), ein
schwarzer Winterüberzieher mit gleichem Sammetragen, ein
Paar Schnürschuhe und eine silberne Schlüsseluhr mit Gold-
rand gestohlen.

Die 20. Vogel-Ausstellung veranstaltet der Verein
der Freunde von Sing- und Hervoögeln in Lübeck am
15., 16. und 17. Januar im Gesellschaftshaus „Monopol“,
Johannistr. 25. Von auswärtigen Ausstellern ist diese Aus-
stellung diesmal wieder zahlreich besetzt worden. Besonders
stark vertreten sind die Kanarienzüchter aus Kiel, Hamburg,
Wambbeck, Altona, Berlin usw., die mit erstklassigen Kollektionen
mit den Lübecker Züchtern in Konkurrenz treten.
Das schwierige Preisrichteramt ruht in bewährten Händen.
Es sind gewonnen für Kanarien die bewährten Züchter und
Kenner, die Herren R. Volkmer-Hamburg, W. Knoop-Gesse
und O. Hükel-Hamburg. In der Sing- und Hervoögeln-
abteilung bewerten die als kennntnisreiche und praktische
Ornithologen bekannten Herren M. Graemer-Hamburg,
Dr. Th. Lewek-Hamburg und R. Strunk-Lübeck. Über das
Ergebnis der Prämierung berichten wir in der nächsten
Nummer. Der Besuch dieser Ausstellung ist allen Natur-
und Vogelfreunden sehr zu empfehlen.

Spirituelle Experimente wird Reing. Gerling
Berlin, dessen Lichtbildervorträge über das Sexualleben wohl
noch in Erinnerung sind, gelegentlich eines neuen Lichtbild-
vortrages über „Mafel des Seelenlebens“ im Konzerthaus
Fünshausen am Montag, dem 17. d. M., vorführen. Ger-
ling hat sich seit 1886 mit dem Spiritismus beschäftigt und
auch im Prozeß des Blumenmediums Anna Nothe eine
Rolle gespielt, da er ihre „Wumengeister“ entlarvt hatte.
Neuerdings macht der Spiritismus wieder so viel von sich
reden, es sei nur an die Verhaftung des Berliner Mediums
Frau Abend und an den Bombattisprozess erinnert, daß ein
Vortrag, in welchem die Tricks der Medien vorgeführt und
erklärt werden, nur aufklärend zu wirken vermag. Näheres
die Inserate.

Im Kaiser-Panorama wird in dieser Woche eine mit
der Vergnügungs-Fahrt „Thalia“ ausgeführte Mittelmeer-
reise in vorzüglicher Weise wiedergegeben. In Triest bestei-
gen wir die Vergnügungs-Fahrt „Thalia“ und unternehmen
eine Fahrt nach Abgasia, Syrakus, Tunis, Constantine,
Nivignon, Nizza, Monte Carlo. Von hier aus geht die Fahrt
dann nach Genua, woselbst wir einen interessanten Rund-
gang durch die Stadt unternehmen. Weiter geht es dann
mit kurzer Rast nach Neapel, Palermo, Taormina, Ragusa,
Venedig. Die Serie bietet für diejenigen, die für Natur
schwärmen, sehr vieles, was das Auge entzückt und es sollte
daher niemand veräumen, diesen hervorragend schönen Zy-
klus in Augenschein zu nehmen. Die Eltern und Lehrkräfte
werden ganz besonders auf diese lehrreiche Reise aufmerksam
gemacht.

Sauftheater. Den vielen Anfragen von seiten des
Publikums gemäß teilt die Direktion mit, daß für Sonntag,
den 16. ds., nachmittags, die große Ausstattungspoffe „Kriegs-
Byritz“ mit erstklassiger Besetzung und großer Ballett-
einlage angezettelt ist. Das Stück, das überall den größten Zue-
ruf zu verzeichnen hatte, dürfte auch hier in Lübeck keine
Wirkung nicht verfehlen. Die überaus zugkräftige Ausstat-
tungs-Revue „Donnerwetter tabellos“ wird infolge des
kolossalen Andranges (bis jetzt 18 000 Besucher) auch weiter-
hin für einige Zeit auf dem Repertoire belassen werden.

Sonntag Abend wird diese schon so beliebte Revue „Donner-
wetter tabellos“ aufgeführt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Infolge
Erkrankungen im Personal mußte der Spielplan eine Ände-
rung erfahren und zwar ist die für morgen, Sonntag nach-
mittag angelegte Volksvorstellung auf acht Tage hinausge-
schoben worden und kommt dafür das reizende Märchen
„Schneewittchen“ mit Ballett-Einlagen zur letztmaligen
Wiederholung. — Sonntag, abends 7 Uhr, geht die reizvolle
Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauß noch-
mals in Szene. Am Montag kommt Shakespeares Tragödie
„König Lear“ zur Wiederholung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen
Sonntag geht die Schwanke-Novität „Liebeslisten“
(Lethe) von Ralph Gobbins in Szene. Vorher kommt das
einaktige Schauspiel „Margot“ aus dem Zyklus „Rosen“
von Hermann Sudermann zur Aufführung.

Travemünde. Parteiversammlung. Wir machen
auch an dieser Stelle die Parteigenossen auf die morgen,
Sonntag, den 16. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, in Dort-
munds Lokal stattfindende Mitgliederversammlung des So-
zialdemokratischen Vereins aufmerksam. Genosse Mehr-
lein-Vöbel wird einen Vortrag über die Geschichte
der politischen Parteien halten. Es ist die Pflicht
eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung pünktlich zu er-
scheinen.

Katefau. Achtung Parteigenossen! Am
Sonntag, dem 15. d. M., 8 Uhr abends, findet im Lokale
der Witwe Kopp eine Extra-Mitgliederversammlung des
Sozialdemokratischen Vereins statt. Auf der Tagesordnung
steht: Protest gegen den Beschluß der am Mittwoch stattge-
fundnen Dorfschaftsversammlung wegen Aufhebung des
Fußweges nach Siems. Pflicht eines jeden Arbeiters von
Katefau ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Neustadt i. S. Zur Rechtlosigkeit aus-
ländischer Arbeiter in Breußen. Seit
dem 4. Dezember v. J. sitzen im Polizei-
gefängnis in Neustadt in Ostpreußen drei polnische
Arbeiter. Sie waren mit noch mehreren anderen polnischen
Arbeitern in Neustadt mehrere Monate für eine neu-
münsterische Firma mit der Holzlegung beschäftigt. Anfang
November wurde die Firma von der Polizei aufgelöst,
die Arbeiter zu entlassen, weil polnische Arbeiter nach einer
Verfügung der preussischen Regierung nur als landwirt-
schaftliche Arbeiter und nur bis zum November beschäftigt
werden dürfen. Die Arbeiter wurden darauf entlassen, aber
sogar von dem Hofbesitzer Schanz auf Marienhof einge-
stellt, der sie dann noch am gleichen Tage wieder an die
neumünsterische Firma als landwirtschaftliche Arbeiter ver-
setzte. Die Polizei kam bald darauf, und die Folge war, daß
die Arbeiter abermals entlassen wurden. Außerdem erhielten
sie die polizeiliche Aufforderung, die Stadt zu verlassen.
Die Arbeiter konnten der Aufforderung nicht nachkommen,
da ihnen das nötige Reisegeld und die erforderliche Legiti-
mation fehlten. Nun wurden sie ins Polizeigefängnis ge-
steckt, um gelegentlich mit einem Transport abgehoben zu
werden.

Samburg. Ein Todessturz, dessen Ursache die ge-
fährliche Anstiege vieler Kinder ist, auf dem Treppengeländer
herabzurutschen, ereignete sich am Mittwoch Abend gegen
6 Uhr im Hause Winterhuberweg 25. Der dort wohnende
Schulknabe Willy Proszanski stürzte, als er auf dem Trepp-
engeländer hinunterlief, kopfüber in die Tiefe. Ein
hinzugerufener Arzt stellte schwere innere Verletzungen fest
und ordnete den sofortigen Transport ins Krankenhaus St.
Georg an. Dort ist der Knabe bald darauf gestorben.

Samburg. Der Mörder der Bandleiterin
Louise Merkl ist gestern Abend 8 Uhr in der Person
des aus Hannover gebürtigen, zweiundzwanzigjährigen
Stellungslosen Handlungs-kommiss Arthur Holste im Café
Opera verhaftet worden. Die geraubten Sachen
wurden auf dem Dammtorbahnhof, wo der Mörder sie, in
Vorbereitung seiner Flucht, hinterlegt hatte, beschlagnahmt.
Den Verdacht lenkte ein Chemiker auf Holste, dem dieser ein
blutbespritztes Jackett zur Reinigung übergeben hatte. Die
Polizei traf umfassende Maßnahmen zur Verhaftung Holstes,
bis es abends gelang, Holste im Café Opera, wo er ein
auffälliges Benehmen gezeigt hatte, festzunehmen. Es ist un-
verständlich, wie Holste, ein kleiner, schwächlicher Mensch, den
Mord an der robusten Bandleiterin begehen konnte. Holste
wurde von dem im Café Opera bediensteten Kellner Josef
Mandel durch eine von der Kriminalpolizei vorgelegte
Photographie als ein ständiger Gast erkannt, und als er am
Freitag Abend kurz nach 7 Uhr erschien, durch einen Zivil-
schutzmann festgenommen. Auf der Polizeiwache legte Holste
ein Geständnis ab. Er erzählte weinend und am ganzen
Körper zitternd, daß er die Merkl umgebracht habe, um sie
zu berauben. Er habe ihre Bekanntschaft beim Vergehen
seiner Uhr gemacht und sei dann später noch mehrere Male
zu ihr gekommen. Die Silbersterner habe er mit der
Merkl verbracht, auch habe er mit ihr wegen Übernahme des
Geschäfts verhandelt. Schon bald nach Silvester will er
den Plan gefaßt haben, die Geschäftsinhaberin zu er-
morden und sich in den Besitz ihres Geldes und ihrer wert-
vollen Sachen zu setzen. Am Mittwoch nachmittags hat
er sich, wie er erzählte, in einem großen Eisenwarengeschäft
der inneren Stadt den Hammer gekauft, da er an diesem
Abend die Tat ausführen wollte. Als er gegen 9 Uhr vor
dem Merklischen Geschäfte erschien, war die Tür verschlossen.
Auf sein Klopfen öffnete die Merkl. Nachdem Holste sich
kurze Zeit mit ihr unterhalten hatte und diese an den Geld-
schrank getreten war, zog Holste seinen in der Rocktasche
bereit gehaltenen Hammer hervor und verfehlte der abnungs-
losen Person damit zwei Schläge über den Kopf. Als er
zum dritten Schläge ansetzte, entfiel ihm der Hammer.
Nun nahm er aus dem Kohlenkasten, der vor dem Ofen
stand, den Hammer der Merkl und schlug noch
mehrere Male auf den Kopf der zu Boden gesunkenen
Frau. Dabei sei ihm das Blut entgegengespritzt. Da
dann die Merkl aber noch röchelte, habe er
sein Rasiermesser genommen und ihr den Hals abgeschritten.
Dann riß er den Inhalt des Geldschrankes heraus, steckte
das bare Geld in seine Tasche, warf die goldenen Uhren,
Armbänder, Broschen, Ringe und andere Schmuckgegenstände
in eine lederne Handtasche, verließ diese an Ort und
Stelle und verließ ruhig den Laden. Die Handtasche mit
den Schmuckstücken hat er dann auf dem Dammtorbahnhof
als Handgepäck abgegeben. Die Tasche wurde noch gestern
Abend abgeholt. Der Mörder ist völlig gebrochen. Seine
Aufsagen machte er unter unaussprechlichem Weinen und
Schluchzen. Die Treppe im Stadthause hinauf mußte er
fast getragen werden.

Altona. Die Unternehmung in den Maschen
des § 153 der Gewerbeordnung. Der Obermeister
der Altonaer Stellmacherei, Ruppert, war
im November vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen
§ 153 der Gewerbeordnung zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt
worden. Die Stellmacher fordern im Frühjahr eine ge-
ringere Lohnhöhe. Einer der einsichtigen Unternehmer
wollte sich wohl wegen der wenigen Pfennige Lohnzulage
mit den Arbeitern nicht herumsträuben und er bewilligte
deshalb die Forderung. Das war nicht nach dem Geheiß
der Innungsgelehrten. Der Angeklagte ging daher zu

einer Wagenbaufabrik, für die der Meister arbeitete, in
setzte durch, daß diese ihren Einfluß ausübe, um den be-
willigungslustigen Meister in Maschen zu bringen. Für den
Fall, daß die Firma diese Hilfeleistung verweigert, drohte
ihm Ruppert den Boykott an. Tatsächlich sind denn auch die
Gehilfen auf dieses Betreiben hin entlassen worden. Auf
Grund dieser gerichtlichen Feststellungen erfolgte die ange-
gebene Beurteilung. Unser terroristischer Obermeister aber
war wohl der weitverbreiteten irrigen Auffassung, daß der
§ 153 der Gewerbeordnung nur für die Arbeiter geschaffen
sei und für die Unternehmer keine Geltung habe. Er ging
hin und legte gegen das Urteil Berufung ein. Doch die
Gleichheit des Staatsbürgers vor der Göttin Justitia wurde
ihm beigebracht; seine Berufung wurde verworfen. Und so
hat sich nun der Obermeister in den Maschen des tödlichen
Paragrafen der Gewerbeordnung gefangen und er wird
seine 5 Tage „Knast“ darin abzapseln müssen.

Altona. Die Bluttat in der Friedenstraße, bei
der der 17 Jahre alte Seemann Steffens von dem Ver-
lobten seiner Mutter, dem Arbeiter Thomsen erstochen wurde,
sind gestern ihre Sühne vor dem Schwurgericht. Thomsen
wurde wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem
Erfolge unter Annahme mildernder Umstände zu drei Jahren
sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Kiel. Opfer des Wertprozesses. Der Erste
Staatsanwalt Greffrath ist zum 1. April nach Neuwied,
Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt a. M., versetzt worden.
— Damit sind sämtliche drei Staatsanwälte, die im Wert-
prozess die Anklage vertreten, von Kiel veretzt worden.

Schwerin. Verhaftetes Mörderpaar. Die
wegen Verdachts des Mordes an ihrem Gemanne fleh-
entlich verfolgte Schmittersfrau Marie Majewski ist mit
ihrem Liebhaber, dem Vorschütter Franz Bilinski in Stells-
hagen bei Grevesmühlen verhaftet worden.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. Einmaliges Gastspiel des Jbsen
Theaters. Internationale Tournee Maria Rehoff mit
eigenem Ensemble. „John Gabriel Borkmann“,
Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Noch einmal
legt der geniale Norweger hier wie in den „Stüben der Ge-
sellschaft“ den Finger auf die Liebestraf, die uns im Leben
am häufigsten entgegentritt: die Selbstliebe. Schon dem
armen Bergmannsjungen John Gabriel sang einst das Erz-
der Tiefe von Macht und Reichtum. Ein schrankenloser Ehr-
geiz wächst in ihm auf. Und mit ihm ein vor nichts zurück-
schreckender Mut, der seine landumspannenden Träume in die
Wirklichkeit umsetzen will. John Gabriel steigt empor. Und
den Posten eines Bankdirektors zu bekommen, opfert er das
Beste in ihm: seine Jugendliebe. Er heiratet eine ober-
flüchtige, wie er nur vom Streben nach äußerem Glanze be-
herrschte Frau. Nun steht er oben auf der gesellschaftlichen
Reiter, wo er den großen Schlag wagen kann, der ihm die
Erfüllung seiner Sehnsucht bringen soll. Aber das erfordert
Geld, viel Geld. Da vergeißt er sich an den Millionen
seiner Bank. Er magt und — verliert. Aber was kümmert
ihn das Schicksal der Hunderte, die er ins Elend stürzte!
Was seine durch ihn gebrochene, ihn unverdächtig hassende
Frau! Hatte er's nicht gut mit ihnen gemeint? Wolte er
nicht ein Wohltäter für Tausende werden? Immer wieder
redet er sich vor, als er nach Verhängung der Strafe sein
selbstgeschaffenes Gefängnis in seinem Hause durchmisst,
immer wieder während acht langer Jahre geht er sein Lun-
den durch und spricht sich frei. Und doch — eine leise Stimme
in ihm will nicht schweigen. Die Selbstanklage, die Stimme
der Schuld. Da klammert er sich um so mehr in trostigen
Mut an die Hoffnung, daß der Augenblick der Wiederher-
stellung seines bürgerlichen Ansehens, daß ein noch größerer
Aufstieg als vorher nahe sei. Aber zu dem Einfamen kommt
seine verlassenene Jugendgeliebte, und langsam zerrinnt in
ihm der Glaube an seine Schuldlosigkeit. Er sieht sein ver-
fehltes, unheilvolles Leben in großer Deutlichkeit vor sich.
Nur durch seine Gegenwart und seine Zukunft kann der
Mensch seine Vergangenheit büßen. Die unheimliche,
hingebende Liebe ist das Größte dieser Welt. Und diese Liebe
hat er in sich geübt. Mit dieser Erkenntnis erlöset die Kraft,
die ihn bisher aufrecht erhalten hat. Der Tod ist der wohl-
tätige Abschluß dieses innerlichen Zusammenbruchs. — Die
meisterhafte Analyse und Technik in diesem Drama, die
feine und doch scharfe Charakterzeichnung, die wichtige Ge-
schlossenheit der Stimmung, stempeln dieses Werk zu einem
der sympathischsten und wirksamsten des großen Dichters.
— Über die Aufführung dürfen wir uns recht kurz fassen. Mar-
um uns Ibsen gerade durch dieses Ensemble vorgeführt
werden mußte, wo wir doch ein ausgezeichnetes Schauspiel-
personal besitzen, blieb uns unverstänlich. Weder Herr
Walter als Vorkmann, noch Maria Rehoff als El-
sa Rentheim und Fr. Fern als Gunild vermochten ein
stärkeres Interesse auszulösen. Und der Rest ist — Schweigen.
Der am Schluss gespendete Beifall galt mehr dem
ungemein eindrucksvollen Stück als der Wiedergabe.

Im.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Donnerstag, 13. Januar.
D. Evca, Kapl. Sommer, von Ralmär in 36 St.
Freitag, 14. Januar.
D. Malin, Kapl. Jollin, von Kopenhagen in 13 St.
Eben Esar, Kap. Naasmussen, von Fehmarn in 12 St.
Frida, Kapl. Gyrentowky, von Neustadt in 2 St.
Gera, Kapl. Lohengrin, von Kalfjund in 31 St.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Donnerstag, 13. Januar.
D. Finland, Kapl. Blomberg, nach Abo.
D. Thor II, Kapl. Jørgensen, nach Rastkov.
Freitag, 14. Januar.
D. Trave, Kapl. Weiskahn, nach Gent.
Capella, Kapl. Parsson, nach Abo.
Schiffsbewegungen.
D. Der Brahe, Kapl. Lindroos, ist Donnerstag vormittag
von Abo auf hier abgegangen.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 14. Januar.
1. Qualität 129—137 M.
2. „ 120—122 „
Ferner:
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter —
Schlesische und holländische Bauernbutter —
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt 120—124
„ „ „ II. „ „ „ 114—118
Sibirische —
Galzische und ähnliche —
Schwedische Sommerbutter, verzollt —
Amerikanische —

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inventur-Ausverkauf.

Sonnabend, Sonntag, Montag, und Dienstag

gelten noch die sehr billigen Ausverkaufspreise.

Um auch mit den Restbeständen unserer Läger in:

Jacketts, Paletots und Abendmänteln,
Kostümen, Kleidern und Kostümröcken,
Morgenröcken, Unterröcken u. Blusen,
Kinder-Konfektion und Pelzwaren

zu räumen, geben wir an den letzten 4 Tagen auf die herabgesetzten Preise noch
4% oder **Rabattmarken**.

Elegante Konfektion und Modelle sind nochmals im Preise ermässigt.

Gebr. Hirschfeld Lübeck
Breitestr. 39-41.

Großer

Inventur-Ausverkauf.

Schuhwarenhaus **J. W. Meyer,**
Breitestraße 95.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten
Verlobungsringe an meine
Arbeiter-Gesellschaft verkaufe.
A. Breutzfeldt, Goldschm., Sandstr. 4.

Adolf Habner Uhrmacher u. Gold-
arbeit, Fünfhof 13

Mein diesjähriger
Räumungs-Ausverkauf

beginnt

am Dienstag, dem 18. Januar.

In allen Abteilungen
ganz bedeutend ermäßigte Preise.

Reste aller Art

teilweise für die Hälfte des regulären Wertes.

J. Peters

Hamburger Engros-Lager
Schwartau.

Carl Folkers
Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gehe rote Lübeck-Rabattmarken.

Trinkt

H. Bülks Misch-Kaffee!

70, 90, 100 und 110 Pfg.

in 1/2 und 1/4 Pfd.

Rein Misch-Kaffee schmeckt in-

folge der hohen Kaffeepreise bedeu-

tend besser wie reiner Bohnenkaffee

zu gleichem Preise.

H. Bülck

Berlinerstr. 54. Fernsprecher 149.

Mark 100.—

Einhundert Mark Sterbefall-Unterstützung
beim Ableben meines Mannes von dem Inhaber der
Dampfbäckerei „Hansa“, Herrn **Johs. Junge** in
Lübeck, aus Anlass ständiger Brotkundschaft erhalten
zu haben, bescheinige ich hiermit.

Lübeck, den 14. Januar 1910.

Friederike Nittscher, geb. Schwartz
Adlerstrasse 50.



Beste Qualität. Erprobte Passform.
Garantie für Haltbarkeit.

Spezialmarke

Original Goodyear Welt

25
Mk.
50
Mk.

TURUL-SCHUHFABRIK

ALFRED FRÄNKEL KOM.-GES.

VERKAUFSSTELLE:

LÜBECK

49 Breitestrasse 49.

Filialen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Weniger als nichts!

Weniger als nichts! In diese drei Worte läßt sich das zusammenfassen, was die Thronrede über die Wahlrechtsreform andeutet. Immer ungestümer, immer gebieterischer verlangt das seit mehr als zwei Menschenaltern entrechtete preussische Volk den ihm zukommenden Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung, mehr als einmal hat das Proletariat den ernstlichen Willen bekundet, daß es entschlossen ist, sein Alles einzusetzen zur Erreichung des höchsten Volksrechtes, von Tag zu Tag wächst die Erbitterung der preussischen Steuerzahler. Schon hat die Welle der Unzufriedenheit und des Unwillens selbst solche Kreise ergriffen, denen sonst die Opposition gegen die Regierung ein Greuel ist. Aber leichtem Herzens setzt sich die Regierung über alle diese Anzeichen hinweg, sie verschließt ihr Ohr der mahnenden Stimme des Volkes, sie achtet nicht auf die am politischen Horizont aufsteigenden Gewitterwolken und hält es für unter ihrer Würde, endlich ihre Pläne der öffentlichen Kritik preiszugeben.

Die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten sind ihrem Abschluß nahe. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden. Das ist alles, was das Ministerium Behmami-Hollweg über die wichtigste Aufgabe Preußens, ja über die wichtigste Aufgabe Deutschlands, zu sagen weiß. Eine Verhöhnung der Wähler ist es, daß man sie noch weiter im unklaren läßt, und daß man es nicht einmal für notwendig befindet, wenigstens in bescheidenen Umrissen die Grundzüge der „Reform“ anzudeuten.

Auf zweierlei Weise läßt sich das Verhalten der Regierung erklären: Entweder beschleicht sie selbst ein Gefühl der Scham über die geringen Zugeständnisse, die sie dem Volke zu machen bereit ist, oder aber sie fürchtet sich die Feindschaft derer um Heydebrand zuzuziehen, in deren Banden sie schmachtet, und die eben erst durch den Sturz Billows ihren Widerstand gegen jede Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts kundgetan und seinem Nachfolger ein deutliches *Discretio moniti!* (Lernt, ihr seid gewarnt!) zugerufen haben.

Angesichts des Stillstehens, in das die Thronrede sich hüllt, sind wir auf die Mitteilungen offiziöser Blätter angewiesen, Mitteilungen, die darauf hinauslaufen, daß an den Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts nichts geändert, und daß nicht einmal die öffentliche durch die geheime Stimmgabe ersetzt werden soll. Was wir von der preussischen Regierung zu erwarten haben, darüber dürfen wir uns keinen Augenblick im Zweifel sein. Bezeichnete doch der heutige Ministerpräsident im Jahre 1906 als Minister des Innern die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als unannehmbar, und erklärte doch kurz vorher sein Kollege, der unreaktionäre Finanzminister v. Rheinbaben in der Finanzkommission des Herrenhauses, die Regierung werde niemals die Hand zu prinzipiellen Änderungen des bestehenden Wahlrechts bieten.

Um so größer ist die Pflicht des klassenbewußten Proletariats, diesem „Niemals“ der Regierung gegenüber noch schärfer als bislang den Wahlrechtskampf zu führen, und kein Mittel unversucht zu lassen, um seiner gerechten Sache zum Siege zu verhelfen und die reaktionären Gewalten niederzuringen. Mögen die herrschenden Klassen auch noch so

viel spotten über den Wahlrechtskampf des Proletariats, mögen sie sich auch nach außen hin den Anschein geben, als ob sie sich nun erst recht keine Zugeständnisse abtrotzen lassen, auf die Dauer wird ihnen diese Taktik nichts nützen. Die Geschichte aller Zeiten lehrt, daß, sobald ein Volk reif und fest entschlossen ist, die Leitung seiner Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, keine Macht der Erde, ohne sich selbst zu gefährden, ihm widerstehen kann.

Noch ist kein Fäust so hoch geführt,
So außerwählt kein irischer Mann,
Daß, wenn die Welt nach Freiheit düstet,
Er sie mit Freiheit tranken kann.
Daß er allein in seinen Händen
Den Reichtum alles Reiches hält,
Um an die Völker auszuspenden
So viel, so wenig ihm gefällt.

Nein, nicht mit den Brosamen, die von der vollbesetzten Tafel des Reiches fallen, läßt das Volk sich abspessen, es will mitessen am Tische der „Herren“.

Und ist denn der Wahlrechtskampf des Proletariats bisher wirklich so fruchtlos verlaufen, wie die Herrschenden es darzustellen belieben? Hat das preussische Proletariat bisher wirklich noch gar keine Erfolge aufzuweisen? Ist es nicht ein Erfolg, daß der Regierung, die bis dahin es nicht einmal der Mühe für wert hielt, zu den Wahlrechtsanträgen im Landtag sich zu äußern, in Ansehung der imposanten Demonstrationen der Arbeiterklasse im Januar 1908 endlich der Mund geöffnet und daß sie gezwungen wurde, anzuerkennen, daß das geltende Wahlrecht Mängel aufweist? Ist es nicht ein Erfolg, daß die Thronrede, mit der der Landtag im Oktober desselben Jahres eröffnet wurde, zum Ärger der Reaktionäre in aller Form einer Änderung des Wahlrechtes ankündigte.

Wohl sind wir uns darüber nicht im Zweifel, daß das nur bescheidene, sehr bescheidene Erfolge sind. Aber wie auf einen Nabel kein Baum fällt, so wird auch das preussische Dreiklassenwahlrecht nicht auf den ersten Anstoß beseitigt. Um ans Ziel zu gelangen, dazu bedarf es eines unausgesetzten harten Kampfes, eines Kampfes, der große Opfer an jeden einzelnen stellt. Diese Opfer zu bringen, dazu ist die klassenbewußte Arbeiterklasse fest entschlossen. Weiß sie doch, daß der Preis, der ihr winkt, des Kampfes wert ist.

Im Gegensatz zu den Konservationen, die schon jetzt in ihrer Presse durchblicken lassen, daß sie die bevorstehende Reform lediglich als eine formale Erfüllung des Versprechens der Thronrede vom Jahre 1908 betrachten, und daß nach ihrem Scheitern auf abschbare Zeit an eine neue Wahlrechtsvorlage nicht zu denken ist, verlangt die Arbeiterklasse keine Reform, sondern die völlige Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und seinen Ersatz durch das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Staatsbürger über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts auf Grund der Verhältnismahlen. Was durch einen brutalen Gewaltstreik im Jahre 1849 dem Volke entzogen ist, das Recht, für dessen Erringung unsere Väter und Großväter ihr Blut und ihr Leben geopfert haben, dieses Recht wieder zu erkämpfen, ist eine Ehrenpflicht ihrer Söhne und Enkel, ist eine Ehrenpflicht des im Vordertreffen des Wahlkampfes stehenden preussischen Proletariats. Und darüber hinaus wird das

Proletariat weitere Rechte erkämpfen, Rechte, die die Voraussetzung dafür bilden, daß Preußen endlich in die Reihen der modernen Kulturstaaten rückt.

Nicht um die Sache allein des preussischen Volkes, sondern um die Sache des deutschen Volkes handelt es sich. Das Dreiklassenwahlrecht ist die festeste Stütze der Junkerherrschaft, die von Preußen aus das Signal für alle reaktionären Pläne in Deutschland ausgibt. Erst wenn dies Werkwerk gefallen ist, wird die Bahn frei sein für wirkliche Reformen auf allen Gebieten, erst dann wird die Bahn frei sein für die Lösung von Kulturaufgaben und für die Demokratisierung der Gesellschaft.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 14. Januar 1910.

16. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Lisco, Bielefeld.

Ein schleuniger Antrag Albrecht und Genossen (SD.) ein gegen den Abg. Albrecht (SD.) schwebendes Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session einzustellen, wird debattelos angenommen.

Die kleinen Justizgesetze.

Dr. Wagner-Sachsen (N.): Die Beurteilung des Entwurfs ist naturgemäß eine geteilte. Er bringt eine erweiterte Heranziehung des Laienelements. Obwohl der Berufsrichter dem Laienrichter überlegen ist, weil er von wirtschaftlichen Gegenständen unabhängig ist, können wir dieser Erweiterung zu, denn sie erhöht das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege. Die Berufung gegen die Strafkammerurteile, welche der Entwurf bringt, begrüßt wohl jeder hier im Hause. Ferner geht weiter die Einzelheiten des Entwurfs, im allgemeinen zustimmend, durch und beantragt die Überweisung an eine Kommission.

Dr. Heinze (N.): Aber die Hinzuziehung des Laienelements sind die Ansichten der Juristen geteilt, aber politische Gründe sprechen dafür. Es sollten Laien aus allen Ständen zugezogen werden. Die deutsche Justiz hat nichts zu verbergen. Die Zahl der Geschworenen könnte vermindert werden. Zu begrüßen ist die Einschränkung des Legalitätsprinzips, das heute den Staatsanwalt zwingt, in jeder noch so unbedeutenden Kleinigkeit einzuschreiten. Dem Antrag auf Kommissionsberatung stimmen wir zu. (Bravo! 6. d. Natl.)

Preuß. Justizminister Dr. Bielefeld: Der Entwurf wurde bei seiner Veröffentlichung nicht unfreundlich aufgenommen. Er schließt sich historisch an das geltende Recht an und sucht Mängel, die als solche erkannt wurden, zu beseitigen. Die Heranziehung des Laienelements hat sich in Deutschland gut bewährt, aber der gegen die gelehrten Richter laut gewordene Vorwurf der Weltfremdheit ist unbegründet. Trotzdem, wenn die Bevölkerung auch in den Strafkammern erster Instanz Schöffen wünscht, so brauchen wir dem nicht entgegenzutreten. Anders ist es bei der Berufungsinstanz. Hier Laienrichter zuzulassen, wäre ein gefährliches Experiment, das noch kein Volk gemacht hat. Die verbündeten Regierungen würden diesen Schritt nicht tun. Die weiteren Einzelheiten werden hoffentlich in der Kommission die richtige Einbeziehung finden.

Gröber (Z.): Die Vorlage bedeutet einen Erfolg der Bemühungen, die seit 30 Jahren von uns und anderen Parteien auf eine Revision der Strafprozedur gerichtet werden. In die heutige Generaldebatte gehören nicht die Einzelheiten, sondern nur die höheren Gesichtspunkte. Ein solcher ist in erster Linie die Zuziehung der Laien. Zu unserer Freude haben sich die Herren Wagner und Heinze

Am Weibstuhle der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von A. Otto Walster.

II. Fortsetzung.

„Auch die Geschworenengerichte sind eine Institution, für deren Erkämpfung die Liberalen zu begeistern wußten, und doch bezweckten sie damit weiter nichts, als richterliche Befugnisse für sich allein, denn der Arbeiter wird nicht Geschworener. Wenn aber bei Krisen, welche unternehmende Fabrikanten selbst heraufgeführt haben, Hunderte und Tausende von Arbeiterfamilien dem langsamen Hungertode preisgegeben werden, dann ist es kein Verbrechen, dann heißt es eiserne Notwendigkeit. Und darum ist und bleibt die Grundforderung des Volkes, die nie aufhören wird gestellt zu werden, bis sie erfüllt ist: Befreiung der Arbeitskraft der Nation von der Sklaverei des Kapitals und gleiches Recht für alle, weil alle, der Arbeiter in erster Reihe, zur Erhaltung und zum Gedeihen des Staates beitragen. Entweder man sagt, die Welt ist an die geringe Zahl derer weggegeben, welche durch ein bloßes Glück in Besitz der Erbschaft gekommen, und für euch andere ist keine Wahl, ist nur Sklaverei, oder man gesteht allen Erbschaftsbürgern das Recht auf eine menschenwürdige Existenz zu; im ersteren Falle bleibt das Menschenleben ein Lotteriespiel, in welchem Millionen mit Nieten, Hunderttausende mit kleinen Dreffern und so weiter mit immer größeren oder sogar fabelhaften Gewinnen herumlaufen. Daß der Beglückte alles aufbietet, um seine Stellung zu erhalten, ist wenigstens erklärlich; der Staat aber, der eine Einrichtung für alle Staatsangehörigen ist, von allen geschützt und erhalten wird, sollte wenigstens die Glücklichen durch besonderen Schutz nicht noch besonders beglücken, den Unterdrückten nicht noch mehr drücken oder drücken lassen.“

„Und das ist nach Ihrer Meinung doch der Fall?“
„Nach der Meinung der ganzen Welt, Majestät. Diejenigen, welche es selbst tun, lachen, wenn ein Lustspieldichter die Wettern- und Bösenwirtschaft und das „Eine Hand wäscht die andere“ geißelt, aber die Wirtschaft geht nichtsdestoweniger zum Schanden aller fähigen und aufstrebenden Geister weiter. Und alles dieses ist nicht so schlimm, als die Wut, mit der ein großer Anzähler von Staatsbeamten alles verfolgt, was eine friedliche Lösung der mit unerbittlicher Macht herantretenden sozialen Frage im Auge hat. Ich erinnere an die Glückwünsche, die dessen harten, der einem Naturübel gegenüber eine Heilung oder Besserung findet; wer Gleiches auf sozialem Gebiete erstrebt, der ist der Gegenstand heftigster Verfolgung von Seiten ganzer Stände

und von Seiten der Regierungsgewalt obendrein. Als wenn nicht alles kommen müßte, was kommen soll! Hier in diesem Falle hat man sogar unsere Beratungen verboten, unsere Presse unterdrückt, hier ist man so weit gegangen, von Arbeitern gegründete Etablissements zu schließen, hat man das Privateigentum von Arbeitern, während man sonst so großes Gewicht auf den Schutz des Privateigentums legt, beschlagnahmt. Und darum ist, verzeihend an jeder friedlichen Lösung, der Arbeiter auf die Barrikaden getreten, um das letzte, was er noch hat, sein Leben einzusetzen, das unter solchen Umständen für ihn keinen Wert mehr haben kann. Entschuldigen Sie, Majestät meine unumwundene Auseinandersetzung, aber Ew. Majestät hatte es befohlen.“

„Sie sind zu Ende, Herr Doktor?“
„Ich glaube das Wichtigste berührt zu haben.“
„Entschuldigen Sie mich bitte einen Augenblick, meine Herren, oder hat einer von Ihnen etwas nachzutragen?“

„Ich glaube im Namen meiner Kollegen vernehmen zu dürfen“, bemerkte Frank, „daß das, was in diesem Augenblick gesagt werden kann, auch gesagt worden.“

Der Monarch trat mit einem leichten Grinsen zurück und besprach sich eine Weile mit seinen Räten, die hierauf zugleich mit ihm wieder nach den Vorhaltern des Volkes vortraten.

„Meine Herren“, begann der König, „nachdem ich erfahren, daß Ihre bewaffnetes Auftreten nicht gegen die Monarchie überhaupt, sondern nur gegen ein Sie bedrohendes Regierungssystem gerichtet war, ich meinerseits das Ministerium, welches den Frieden in meinem Lande nicht zu erhalten gewußt, noch heute zu entlassen entschlossen bin und den ersten Schritt hierzu bereits getan habe, Ihnen auch das bindende Versprechen geben kann, daß alle Bedürfnisse und Wünsche einer wohlwollenden und gründlichen Prüfung unterzogen werden sollen, so sehe ich mich veranlaßt, Sie aufzufordern, die Waffen niederzulegen, da ich mit meinen Unterthanen in Waffen nicht eingehender unterhandeln kann.“

Die Mitglieder der revolutionären Regierung verharren eine Weile stumm und in sichtlich Verlegenheit. Der Monarch sah sie betroffen und mit argwöhnischen Blicken an; auch Herr von Hohenhausen löste sich von der Gruppe der übrigen Räte und trat in lebhaftester Erregung einen Schritt näher:

Der König unterbrach endlich das verlegene Schweigen, indem er, zu einem anderen Gedanken übergehend, meinte:

„Sie werden, meine Herren, wahrscheinlich einige bindende Auflagen mitnehmen wollen, bevor Sie die Waffen niederzulegen sich entschließen, die Sie mit ziemlichen Glück geführt. Wollen Sie mir Ihre Wünsche hierüber mitteilen?“

„Verzeihen Sie mir, Majestät“, sprach endlich Lange, nachdem er eine Weile nach Fassang gerungen, mit einfacherem festem Tone, „wenn meine, unsere Antwort anders ausfällt, als Sie jedenfalls erwarteten. Es ist wahr, auf unserem Programm stand ursprünglich der Kampf gegen das Königtum von Gottes Gnaden, gegen die Staatsform der Monarchie überhaupt nicht; wir hatten die Hoffnung lange Zeit, es würde sich unser Programm im Rahmen des monarchischen Staates nach und nach, schrittweise verwirklichen lassen, wenn nur von der monarchischen Regierung die ersten Prinzipien der Gerechtigkeit gegenüber allen Staatsangehörigen anerkannt und zur Geltung gebracht würden. Ich meinerseits hielt dies auch bis zum letzten Augenblick noch für möglich und hegte das größte Vertrauen zu Ew. Majestät aufrichtiger Gesinnung, sowie wir wohl alle die größte Achtung vor Ew. Majestät Tugenden und wohlwollendem Herzen besitzen. Aber Ew. Majestät sind sterblich wie wir alle; ein Tag stellt plötzlich dem Volke eine andere Persönlichkeit, die es regieren soll, gegenüber, und wenn wir dem Königtume nicht alle Befugnisse abschneiden, die sein wirkliches Wesen ausmachen und ohne welche niemand Königtum sein möchte, so hören die Zweifel nicht auf, die Befürchtungen und die Ängste auf neue Kämpfe. Die Geschichte der Monarchien liefert hierüber ausreichende Erfahrungen; und da es nun einmal dahin gekommen, daß uns im Namen des Königs die unerhörtesten Mißhandlungen angetan wurden, nachdem Arbeiterblut in Strömen durch die Soldaten Ew. Majestät vergossen worden, wie sollten wir es von unseren Mitkämpfern verantworten, wollten wir uns zu einer Nachgiebigkeit verstehen, die uns unter Umständen zum Verbrechen angerechnet werden könnte?“

„So sprechen Sie es aus, meine Herren, Sie wollen Republik; das heißt Fortsetzung des Kampfes bis zur Vernichtung des einen Teiles?“ sprach der König im sachtlichen Jorne.
„Sie ließen mich anderes erwarten bei unserer Unterredung“, rief Herr von Hohenhausen, nicht minder erregt näher tretend.

„Sie tun mir unrecht, Excellenz“, entgegnete Lange, froh, sich an eine milder beteiligte Person wenden zu können; „ich sprach genau dasselbe zu Ihnen, was ich soeben Ew. Majestät erklärte. Die Ereignisse haben jene Zeit überholt; ich sprach von dem, was mir ursprünglich erstrebte und sprach auch nur für mich, wie ich Ihnen ausdrücklich bemerkte. Unter Demokraten echter Farbe und namentlich unter Sozialdemokraten ist der Führer nichts als ein Ratgeber des Volkes und der Ausführender des Volkswillens. Ich erkläre mich, zumal ich kein Versprechen geleistet, außerlassen und außerwollen, für die Wiederherstellung einer Staatsform zu wirken, welche Gefahren für das Volk jederzeit in ihrem Schoße birgt.“

(Fortsetzung folgt)

für die Zuziehung der Laien in der zweiten Instanz ausgesprochen. Die Laien haben größere Vertrautheit mit dem praktischen Leben und besseres Verständnis für die Welt der Reichen. Auch sind sie der Abstumpfung nicht ausgeföhrt, welcher der Berufsrichter nur zu leicht verfällt. Wenn man nun sagt, um die Nichtinzuziehung der Laien zur Berufungsinstanz zu rechtfertigen, diese habe wesentlich rein juristische Fragen zu entscheiden, und dazu eigneten sich die Laien weniger, so muß ich dem aus meiner langjährigen Praxis heraus widersprechen. Fraglich scheint es nur, ob wir genügend geeignetes Material für die Besetzung der Berufungsinstanz mit Laien haben. Die vom Reichsjustizamt eingesetzte Kommission hat sich einstimmig für die Zuziehung der Laien in der Berufungsinstanz ausgesprochen. (Hört, hört!) Die Schwurgerichte wollen wir beibehalten. — Auf das allerentschiedenste ist davor zu warnen, die Entscheidung über die Anklageerhebung in die Hände des Staatsanwaltes zu legen. — Die Zuziehung der Frauen zur Rechtsprechung ist entschieden abzulehnen. — Bei ausgeschlossener Öffentlichkeit sollen auch die Pressevertreter ausgeschlossen werden, entweder völlige Öffentlichkeit, oder völliger Ausschluß. — Die Befestigung des journalistischen Zeugniszwanges begründen wir. Wir erhoffen von der Beratung ein gedeihliches Ergebnis. (Lebte, Beifall i. Z.)

Miller-Meinungen (Hv.): Trotz einzelner erheblicher Verbesserungen ist für die Vorlage die Angst vor allen grundsätzlichen Änderungen charakteristisch. Sie ist ein fleißiges Juristenwerk ohne Schöpferkraft. Reformiert wird nur das prozessuale Recht, während das materielle Recht meist unreformiert bleibt. (Sehr richtig! links.) Erfreulich ist die Zustimmung aller Parteien wie der Vorformkommission in dem Punkte der Hinzuziehung des Laienelements zur zweiten Instanz. Die Beibehaltung der Schwurgerichte begrüße ich, doch müßte die Organisation verbessert werden, und die Geschworenen an der Strafzumessung teilnehmen. Ihre Zuständigkeit müßte auf Verbrechen und politische Prozesse ausgedehnt werden, wie es in Süddeutschland schon der Fall ist. Die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene begrüße ich. Redner spricht sich gegen eine Erhöhung der Machbefugnisse der Staatsanwaltschaft aus. Staatsanwälte sind nicht immer objektiv, sondern lassen sich vielfach von politischen Rücksichten leiten. Ganz unzureichend sind die Bestimmungen über das Vorverfahren. Wir müssen verlangen, daß im Vorverfahren der Angeklagte genau so gestellt wird, wie der Staatsanwalt. Aus diesen Bestimmungen spricht leider das alte Mißtrauen der Regierung gegen die Rechtsanwälte. — Das bedenklichste in dem ganzen Entwurf ist die Verschlechterung der Beweisführung im Hauptverfahren. Ohne Abänderung des § 237 ist die freisinnige Fraktionsgemeinschaft nicht imstande, der Vorlage zuzustimmen. (Bravo! links.) Der Zeugniszwang der Presse muß als unmoralisch bis auf den letzten Rest beseitigt werden. (Sehr richtig! links.) Was über die Jugendgerichtshöfe bestimmt ist, ist mehr dekorativer Art, vor allem fehlt die Institution der bedingten Verurteilung und die Aussetzung der Strafvollstreckung. (Sehr richtig! links.) Solange noch die Mäßigkeit besteht, daß jugendliche zusammen mit alten Verbrechern, Dirnen und Jubältern inhaftiert werden, sind alle Bestimmungen unlosig; und schließlich ist und bleibt die Hauptfache der Geist, in dem die Gesetze angewandt werden. Deshalb brauchen wir ein von oben bis unten unparteiisches Richteramt. (Bravo! links.)

Dr. Varenhorst (Hv.): bestritt die Kritik des Vorredners die Berechtigung und äußert Bedenken gegen die Hinzuziehung von Laien in der Berufungsinstanz. Der Entwurf halte den richtigen goldenen Mittelweg ein. Die Schwurgerichte seien ein „noli me tangere“ (Rühr-mich-nicht-an) und im Vordergrund des Vor- und Hauptverfahrens müsse die Überführung des Schuldigen stehen. Redner schließt sich dem Antrage auf Kommissionsberatung an. (Beifall rechts.)

Dr. v. Dzierzowski-Roman (Hv.): Es ist zu bedauern, daß der preussische Justizminister die Zuziehung der Laien in der Berufungsinstanz, welche das Haus einstimmig wünscht, als unmöglich bezeichnet. Wenn er die Weltfremdheit der Richter bestritt, so ist jedenfalls so viel sicher, daß in den polnischen Landesteilen die Richter, die aus anderen Teilen des Landes dahin verlegt werden, nichts von dem Empfinden des Volkes verstehen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. (Weiterberatung und Interpellationen, betr. Privatangestelltenversicherung und Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend Entschädigung der Tabakarbeiter. Schluß 6 1/2 Uhr.)

Aus der Partei.

An die Parteigenossen Preussens!

Nach § 3 des Statuts der Landesorganisation für Preussen ist der Vorstand der Parteiorganisation Groß-Preussens zugleich der geschäftsführende Ausschuss der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie.

Alle Briefe an den geschäftsführenden Ausschuss sind zu richten an die Adresse des Genossen

Eugen Ernst,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 61.

Ein Reineids-Verfahren. Gegen den Genossen Götte vom Bergarbeiterverband in Bochum ist auf Antrag der dem Zentrum angehörigen Rechtsanwälte Diekamp und Wenzler ein Ermittlungsverfahren wegen Reineids eingeleitet worden. In einer Versammlung hat ein Redner des Zentrums, Löcherer, den nationalliberalen Parteisekretär Schacht in Bochum wiederholt einen Lügner genannt. In der Verhandlung wegen Beleidigung hatte nun Genosse Götte und ein anderer Genosse diese Tatsache eidlich bestätigt. Diese Aussagen sollen nach Ansicht der Rechtsanwälte unwahr sein; wahrscheinlich glauben die Zentrumsler, daß sie einen Reineidsprozess a la Schröder und Gen. in Szene setzen können. Wie wir hören, haben die zwölf vom Zentrumseite angebotenen Zeugen positiv belastende Aussagen nicht machen können.

Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher ist auch im Herzogtum Braunschweig und zwar im Orte Hohenberg bei Stadtoldendorf vor kurzem in der Person des Genossen Steinhauser Wilhelm Müller gewählt worden. Mit ersten Ermahnungen, sich jeder sozialdemokratischen Tätigkeit zu enthalten, wurde er als Gemeindevorsteher vereidigt.

Das amtliche Arbeitersekretär für Braunschweig wählte das Gewerkschaftskartell den Genossen Ehrharter Gustav Steinbrecher aus Breslau, der bereits in dieser Woche sein Amt antritt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Telegraphenarbeiter und der Fall Wallentin. Am Mittwoch fand in Berlin eine sehr stark besuchte Versammlung der Telegraphenarbeiter und des technischen Hilfspersonal der Postverwaltung statt. — Der von der Postverwaltung gemachte erste Vorschlag des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter, Wallentin, schloßerte die sozialen Bedingungen seiner Berufskollegen. Die Löhne der

Arbeiter hätten noch vor 4 Jahren 2,75 und 4,25 Mk. pro Tag betragen. Infolge der Tätigkeit der Organisation seien diese Löhne um 5—20 Pfg. erhöht worden, aber nicht einmal überall. Die 41 Oberpostdirektionen zahlen heute, so führte der Redner weiter aus, ganz verschiedene Lohnskalen. Dabei käme in Betracht, daß der Höchstlohn, der in Berlin 4,75 Mark pro Tag betrage, infolge einer unglücklichen Lohnstaffelung niemals erreicht werde. Auch die Errichtung einer Arbeiterpensionkasse, wie sie für die Eisenbahnarbeiter schon bestehe, lehne die Postverwaltung ab. Die Hinterbliebenen der Telegraphenarbeiter seien auf Bettelgesuche angewiesen, selbst wenn der Verstorbene sein halbes Leben lang der Postverwaltung angehört. Die eingerichteten Arbeiterausschüsse seien die Karikatur einer Arbeitervertretung. In der lebhaften Diskussion sprachen auch die erschienenen Abgeordneten im Sinne der Wünsche der Arbeiter. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Ermattung ausgesprochen wird, daß der Reichstag sich der bedrängten Lage der Telegraphenarbeiter annehmen werde. Von allen Rednern wurde auch die Entlassung Wallentins als eine Beleidigung der Handwerker und Arbeiter auf das schärfste verurteilt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Zurücknahme der Entlassung gefordert.

Die Tarifbewegung im Holz- und Baugewerbe und die Bildhauer. Auch die Bildhauer sind an der schwebenden Tarifbewegung des Holz- und Baugewerbes beteiligt. Im Bildhauerberufe wurden bis 1908 32 Tarife für 1488 Gehilfen abgeschlossen; für die Stuck- bzw. Modellbranche allein 12 Tarife für 701 Gehilfen. In München kam ein Tarif für letztgenannte Branche gemeinsam mit den Stuckateuren im Jahre 1908 zustande, dessen Ablaufstermin der 31. März 1910, der für das gesamte Baugewerbe gültig ist. Die Gehilfen beschloßen mit Zweidrittelmehrheit, den Tarif nicht zu kündigen; die freie Innung der Bildhauer und Stuckateurmeister Münchens unterbreitete jedoch unterm 29. Dezember vor. Jz. dem Vorstand der Verwaltungsstelle München des Zentralvereins der Bildhauer nimmere ihrerseits die Kündigung. Unzweifelhaft im Auftrage des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Somit sind auch die Bildhauer direkt in die Tarifbewegung mit hineingezogen, was noch in einigen anderen Orten der Fall sein wird. An den meisten Orten werden sie jedoch in Mitleidenschaft gezogen — in der Holz- wie in der Modell- und Steinbranche. Den Beitritt zum Zentralverein der Bildhauer sollte deshalb jeder Unorganisierte als eine zwingende Notwendigkeit betrachten.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Holzarbeiter in Dresden nahm Mittwochabend (12. Januar) zu den Tarifverhandlungen im Holzgewerbe Stellung. Die Versammlung erklärte sich — bei den minimalen Zugeständnissen der Unternehmer — gegen eine dreijährige Vertragsdauer; die Leitung soll aber weiter verhandeln. Es wurde dann eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages von 75 Pfg. auf 1,00 Mk. beschloßen. Mehrere Redner verlangten eine noch höhere Beitragsleistung, um sich auf einen Kampf vorzubereiten.

Lohnbewegungen im Tabakgewerbe. In den drei von der Grobkaufgesellschaft deutscher Konsumvereine nunmehr übernommenen Betrieben der früheren Tabakarbeitergenossenschaft zu Hamburg haben die Zigarrenarbeiter Forderungen gestellt. Sie verlangen eine tägliche Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden, Sonnabends von 8 Stunden, und die Löhne um 25 Pfg. bis 1,25 Mk., in einzelnen Fällen um 2,25 Mk. pro Laufend, zu erhöhen. In gleicher Höhe sind auch Lohnforderungen für die Tabakzurichter und Hilfsarbeiter gestellt worden. Die Forderungen wurden in Form eines Tarifs eingereicht. Die drei Betriebe der Grobkaufgesellschaft deutscher Konsumvereine befinden sich in Hamburg, Frankenberg in Sachsen und Hockenheim in Baden. — Über sämtliche Filialfabriken der Firma Th. Heinecke-Rühlengern (Westfalen) in Gilshausen, Südlengern, Rühlengern und Klosterbauerschaft ist wegen Maßregelungen der Arbeiter und Reduzierung der Löhne bei Einführung neuer Sorten vom Deutschen Tabakarbeiterverband, Christlichen Tabakarbeiterverband und dem Sortiererverband die Sperre verhängt worden.

Erfolgreicher Streik der Mälzereiarbeiter. Nach acht-tägiger Dauer sämtlicher im Brauereiarbeiterverband organisierten Mälzereiarbeiter der Mälzfabrik Fr. Küppers in Düsseldorf bequeme sich Herr Küppers zum Abschluß eines Tarifvertrages. Vorher hatte er den Vertretern des Brauereiarbeiterverbandes erklärt, daß er für sie nicht zu sprechen wäre, er hätte mit dem Brauereiarbeiterverband nichts zu tun und unterhandle nur mit seinen Arbeitern. Mit seinen Arbeitern unterhandelte Herr Küppers aber auch nicht, dagegen begann sein Mälzmeister die Leute bis aufs Blut zu schikanieren und unmögliches in der Arbeit von ihnen zu verlangen. Das schlug dem Haß den Boden aus und den Arbeitern blieb als letztes Mittel nur der Streik, der bewirkte, daß Herr Küppers seinen Herrenstandpunkt aufgab. Ein Teil der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen, die noch vorhanden sind nach Bedarf eingestellt. Keiner der Streikenden war jahresflüchtig geworden, trotzdem einige 8—10 Jahre im Betriebe beschäftigt gewesen waren.

Textilarbeiterbewegung in Westfalen. Im katholischen Münsterlande, in der Spinnerei Filermark bei Gronau sahen sich 106 Arbeiter genötigt, die Kündigung einzureichen. Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwangen sie dazu. Die Firma hat jede Verhandlung abgelehnt. — Zugug ist fernzubahalten.

Lohnereduktion infolge der Gewerbenovelle. Die Werke der Gebr. Zeller in Dollern (Kreis Tann i. G.) hat die durch die Gesetzgebung mit dem 1. Januar eingetretene Arbeitszeitverkürzung mit einer Lohnereduktion beantwortet. Das größtenteils unorganisierte Personal stellte dies-jährlich die Arbeit ein, nahm sie jedoch am Tage darauf bedingungslos wieder auf.

Soziales.

Überproduktion und Preisverfall. Die Rohglasfabriken in der Oberpfalz, Oberfranken und Niederbayern gehen mit dem Plane um, ihre Werke auf 8 Wochen stillzulegen, wegen großer Überproduktion. Die Lager sind nun zwar tatsächlich sehr gefüllt, aber die Preise sind auch so hoch wie nie zuvor. Die Unternehmer wollen mit der Betriebsstilllegung auf acht Wochen die hohen Preise nicht nur zu erhalten, sondern sogar noch weiter zu steigern suchen, gleichgültig, ob dabei 2000 Arbeiter — mit Familien 6000 bis 7000 Personen — in Not geraten.

Neuer Preispfand angeworbener Bergarbeiter. Etwa 100 Arbeiter, die in der vorigen Woche aus der Danziger Gegend nach Zeche „Bonifatius“ in Krays geholt wurden, haben sich ebenfalls gegen die ihnen zuteil gewordene Behandlung empört. Auch ihnen waren 4,50 Mk. bis 5.— Mk. Lohn versprochen worden; sie sollten jetzt aber nur 3,50 Mk. bekommen. Am Mittwoch verweigerten die Leute die Arbeit und begaben sich gemeinsam zur Polizei, wo man sie damit

tröstete, daß der Arbeitsnachweis ihnen andere Arbeit besorgen werde. Daß das geschieht, ist aber nicht anzunehmen, da es sich doch um sogenannte kontraktbrüchige Arbeiter handelt.

Kommunales.

Es bleibt bei der Wahlrechtsverflümmung. Die Stadtverordnetenversammlung in Delsitz i. B. hatte gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter beschlossen, ein Berufswahlrecht einzuführen. Gegen diesen Beschluß erhoben unsere Genossen Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft Zwickau mit der Begründung, er sei auf nicht legalen Wege zustande gekommen. Bevor noch eine Antwort auf die Beschwerde eingegangen war, hatte der Stadtrat die Vorlage nochmals den Stadtverordneten vorgelegt. Sie wurde jetzt ein zweites Mal sanktioniert. Auch hiergegen wurde rechtzeitig Beschwerde eingelegt. Jetzt hat die Kreis-hauptmannschaft in beiden Fällen einen ablehnenden Bescheid erteilt.

Von der „liberalen“ Gleichberechtigung. In Fürth i. B. ist die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion im Gemeindefolkollegium, sie macht deshalb Anspruch auf eine Vertretung im Präsidium. Die liberalen Parteien verlangen jedoch eine bindende Erklärung, daß das sozialdemokratische Mitglied des Präsidiums sich auch an etwaigen Fürstenermpfängen beteilige. Dieses Ansuchen wurde natürlich zurückgewiesen. Als in der ersten Sitzung des neuen Jahres das Präsidium neu gewählt werden sollte, machten die Sozialdemokraten ihr Recht geltend mit dem Hinweis darauf, daß sie eine Verpflichtung der genannten Art auch jetzt nicht eingehen würden, dagegen würde ihr Vertreter sich an Empfängen von Mitgliedern des Königshauses beteiligen, wenn es das Wohl der Stadt erheische. In der Sitzung wurde von den liberalen Rednern ausgeführt, daß man dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins nicht die Entscheidung anheimgeben könne darüber, ob es sich in vorkommenden Fällen fürstlicher Empfänge um das Wohl der Stadt handle oder nicht. Die Vergewaltigung wurde aufrecht erhalten und die Sozialdemokratie vom Präsidium ausgeschlossen.

Aus dem Gerichtssaal.

Entarcter Wohltätigkeitswindel. Auf Veranlassung des Geschäftsführers des Pommerschen Gesangsvereins, des Pastors Pompe, hatte der Handelschuldirektor Janke in Stettin eine Schreibstube für eine Klasse Strafgefangene eingerichtet, in welcher diese mit Arbeiten für Private beschäftigt wurden. Im März v. J. brachte nun der Stettiner „Volksbote“ einen Artikel, der sich mit diesem Wohltätigkeitsinstitut befaßte, für das in der bürgerlichen Presse spaltenlange Reklamen gemacht wurden. Es wurde behauptet, daß Strafklassene, die bei Kaufleuten usw. beschäftigt wurden, mit 1,50 Mark pro Tag entlohnt würden, während Janke sich 4—5 Mark zahlen ließe und daß Janke die erhebliche Differenz in die eigene Tasche stecke. Janke erhob daraufhin Privatklage gegen den Redakteur Genossen Mehlich, die vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Die Beweisaufnahme ergab nicht nur die Richtigkeit der behaupteten Tatsachen, sondern es wurde dem Privatkläger sogar nachgewiesen, daß er sich nicht scheut habe, 1 Mark pro Tag bei 10—11stündiger Arbeit zu zahlen. In einem Falle hat sich Janke die Sonntagsarbeit eines stellunglosen Kaufmanns doppelt bezahlen lassen, ohne daß er diesen höher entlohnte als an Wochentagen. Auskulturierte Buchhalter wurden für Buchhaltungsarbeiten außer dem Hause mit 1,50 Mk. pro Tag abgeloßt, während 4—5 Mk. an Janke bezahlt wurden. In der Schreibstube wurden auch Adressen geschrieben. Wer aber nicht ein bestimmtes Quantum fertigstellte, für den war bald keine Arbeit mehr. Unter den so miserabel Entlohnerten befanden sich auch Familienväter. Der Privatkläger bestritt im Termin, daß es sich bei dem Unternehmen um ein Wohltätigkeitsinstitut handeln sollte; das Gegenteil konnte ihm jedoch auf Grund einer Reklame nachgewiesen werden. Das Gericht hielt den Beweis der Wahrheit für erbracht, verurteilte Mehlich aber wegen formaler Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe. Einen bemerkenswerten Reifall hat mit diesem Ausfall der Sache auch der Reichsverband erlitten, der die Angelegenheit in der konservativen Presse gegen den „Volksboten“ auskulturierte, von „Verleumdungen“ usw. sprach, ja selbst noch kurz vor der Verhandlung einen Artikel losließ, der ohne Zweifel den Zweck hatte, die Richter zu beeinflussen. Der Reichsverband wird sich in Zukunft seine Schühlinge besser ansehen müssen.

Zweimal zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Erfurt verurteilte im Oktober v. J. den Glasbläser August Luz zum Tode, weil er den Forstausseher Walter erschossen hatte. Das Reichsgericht hob infolge Revision des Angeklagten das Urteil auf. Heute, 14. Januar, wurde Luz vom Schwurgericht abermals wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Die Diebstähle auf der Zeche Gladbeck vor Gericht. Vor der Essener Strafkammer wurde wegen des Diebstahls im Zechenverwaltungsgebäude in Gladbeck verhandelt. Das Urteil lautete gegen den Schichtmeister Friedrich Dopel und den Steiger Heinrich Neuh wegen schweren Diebstahls auf je 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, unter Verlesung mildernder Umstände. Der Kesselmeister Friedrich Neuh und der Lampenmeister Hermann Neuh wurden unter Zuhilfenahme mildernder Umstände wegen Beihilfe und Begünstigung zu je 1 1/4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Die Breslauer Polizei wird seit einiger Zeit von einem merkwürdigen Mißgeschick verfolgt. Vor einigen Monaten verschwand plötzlich der Schuhmann Ludwig und ward als Leiche wiedergefunden. Aus „unbekannten Gründen“ soll er sich das Leben genommen haben, wie die Behörde annimmt. Kurze Zeit darauf wurde Polizeikommissar John plötzlich im Zimmer seines Vorgesetzten, mit dem er Streit und heftige Auseinandersetzungen gehabt, von einem „Schlaganfall“ betroffen und starb. Nun ist am Montag ein neuer merkwürdiger Fall passiert: Der Schuhmann Karst ist im Werte seiner Geliebten tot aufgefunden worden. Zunächst nahm die Polizei einen Mord an. Aber die Verhafteten wurden bald wieder freigelassen, da sich folgendes bei der Untersuchung ergab: Der Schuhmann Karst war ein ganz gemeiner Kuppler gewesen und stand deshalb unter Anklage — natürlich, ohne vom Dienste dispensiert zu sein. So genau nimmt man es in Breslau nicht. Sozialdemokraten fehlt wohl die sittliche Befähigung, Turnunterricht zu erteilen und in der Schuldeputation zu sitzen, aber ein der Kuppelerei angelegter Polizist entbehrt nicht der Fähigkeit und Würde, aufs Publikum losgelassen zu werden. Dieser saubere Ehrenmann hatte nämlich seinem „Verhältnis“ Männer zugeführt, um sich vor den Alimerten (das Mädchen wurde schwanger) drücken zu können. Am Montag sollte er seiner vorgelegten Behörde Zeugen und Beweise für seine Behauptung erbringen, daß das Mädchen noch mit

mehreren anderen Männern Verkehr gehabt habe und er nicht der Vater des zu erwartenden Kindes sei. Da der Kuppler aber einseh, daß er trotz Zeugen und Beweisen verurteilt werden würde, weil er ja selbst anders zu dem Mädchen geführt hatte, ging er allem aus dem Wege, indem er sich in der Wohnung eines anderen „Verhältnisses“ das Leben nahm. Interessant ist der Polizeibericht darüber. Er lautet: „Schulmann R. begab sich nachts zu nicht dienlichen Zwecken in ein Wohnhaus, wo er am anderen Morgen tot aufgefunden wurde. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.“

Falsche Millionenwechsel in London. Donnerstag wurde in London eine Gesellschaft von Betrügern verhaftet, die Wechsel in der Höhe von 1.400.000 Mark in London zu diskontieren suchte. Die Wechsel sind angeblich von Alfred Vanderbilt ausgestellt, vom Prinzen Franz Josef von Braganza akzeptiert und vom Grafen Arco, Vizepräsident der Berliner Auswärtigen Amte, endossiert. Mit den Wechseln, die vom 25. November 1909 datiert sind, sollte ein Anteil an der Smaragd-Minergesellschaft, die in London domiziliert, erworben und eine große Anzahl von Smaragden bezahlt worden sein. Die Edelsteine waren angeblich für Miss Drexel in Philadelphia bestimmt, mit der der Prinz verlobt war. Die Diskontierung war nach Angabe der Betrüger notwendig geworden, weil

die Smaragd-Gesellschaft neue Maschinen für eine ihr gehörende Amethystmine anschaffen wollte. Ein gewisser Napier hatte das Geschäft in der Hand. Er wandte sich zwecks Diskontierung der Wechsel an einen Unterhändler. Dieser stellte mit Hilfe der amerikanischen Gesandtschaft fest, daß die Familie Vanderbilt über diesen nicht neuen Versuch, unter ihrem Namen derartige strafbare Transaktionen zu begeben, bereits orientiert war. Durch Konfrontation stellte die Polizei ferner fest, daß die Person, die Alfred Vanderbilt repräsentiere, ein vorbestrafter Mulatte namens Lackstein ist, und daß er und seine Bande schon vor einiger Zeit in Wien ihr Wesen trieb und von dort über die Grenze gebracht wurde. Die Blätter melden, daß der wirkliche Alfred Vanderbilt aus Newyork in London eingetroffen ist. Vermutlich steht seine Anwesenheit mit der Verhaftung der Betrüger in Verbindung.

Eine Liebestragödie. In dem Hause Warschauer Straße 6 in Berlin spielte sich Donnerstagabend eine Liebestragödie ab. Das sich dort in Stellung befindliche 17jährige Dienstmädchen Elsner unterstellte mit dem 23 Jahre alten Bäcker Franz Hansel ein Liebesverhältnis. Gestern abend 7 Uhr wurde an der Wohnung des Dienstmädchens geklopelt. Als diese öffnete, sah sie sich ihrem Liebhaber gegenüber. Dieser zog ohne jeden Wortwechsel einen Revolver aus der Tasche und gab einen Schuß auf das Mädchen ab, das so-

fort mit einem lauten Aufschrei zusammenbrach. Der Mörder kletterte die Treppe hinab in den Hausflur und jagte dort eine Kugel in den Leib. Ein sofort herbeigeholter Arzt konnte bei der Elsner nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Hansel wurde in einem Krankenwagen in bebendem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 16. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Paranoia professoris magistra. — Der preussische Parteitag. Von Hans Bloch. — Das Ministerium Briand. Zur Naturgeschichte des „sozialistischen Ministeriums“. Von Ch. Rappoport (Paris). — Die sozialistische Arbeiterbewegung in Bulgarien. Von D. Blagoew. — Literarische Rundschau: Paul Plüger, Einführung in die soziale Frage. Von M. N. Verhandlungen des ersten deutschen Jugendgerichtstags. Von Kr. W. Grulow. Das Ringen Russlands und Englands in Mittelafrika. Von Karl Radef. — Notizen: Chinesische Löhne. Von G. Götting. — Zeitschriftenchau. Von Oda Olberg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: F. H. Sch. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Silvester-Komitee.
Montag, den 17. Januar
abends 9 1/4 Uhr
Abrechnung
im Gewerkschaftshaus.

H. T. V.
Montag abend 8 1/2 Uhr
Vorstands-Sitzung
im Gewerkschaftshaus.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kränzspenden anlässlich der Beerdigung meiner Frau und für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Lindenberg am Grabe sage meinen tiefempfundnen Dank, insbesondere auch meinem Chef, Herrn Schreiber, dem Kontorpersonal u. meinen Arbeitskollegen.
Paul Maiz.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten. Daselbst auch 2 Maskenanzüge (Zigeunerin) zu vermieten.
Friedensstraße 15.

Eogis mit Morgenkaffee, pro Woche 2.50 Woche.
Schwartauer Allee 51. part.

Moderne Zweizimmerwohnung mit Zubehör, ev. 20 Quadratrußen Gartenland, zum 1. April zu verm.
Feldstraße 27.

Fortzugshalber eine Wohnung zu vermieten. Näheres
Margarethenstraße 14a.

Ein freundlich möbliertes Zimmer zu vermieten.
Langereihe 11, Burgtor.

Abgeschl. Zweizimmerwohng. (1. Etage) zu vermieten.
Meierstraße 21.

Eine Zweifamilienwohnung zum 1. April zu vermieten.
Stadelsdorf, Lohweg 226.

Eine Sitzbadewanne zu kaufen gesucht. Ang. u. B S an die Exped. d. Bl.

Sitz- u. Liegewagen zu verkaufen.
An der Mauer 146.

Eine Scheibenschleifmaschine zu verkaufen.
Küchlingstraße 14.

Zu verk. e. gr. Schlaf. Bettstelle, 1 mahag. Eckschr., e. 6fl. Petroleummaschine. Näh. Wickelstr. 40, II.

Entlaufen ein gelber Zedel mit Steuerzeichen 1294. Abzugeben bei Adelhöfer, Bleichstraße 37.

Hasenfelle,
Kanin, Füchse, Zistie, Marder etc. kauft zu höchsten Tagespreisen
J. L. Würzburg,
Wahmstr. 22a.

Alle Sorten Weine und Spirituosen auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf empfiehlt
J. Höppner, Beckerg. 66.

Britells Marke „Nugliet“, als Musterprobe 12 Stück für 10 Pfg., liefert prompt für billige Preise. Garfoks 100 Pfd. nur 1.50 Mk., trocken vom Lager.
Tannenstoffschloß (Brennholz). Meter 8 Mk., sowie Kleingepaltene in Säcken billigst. Bestellungen werden prompt befragt.
frei Hans. C. Prestin, Wickerstr. 35.

Herzlicher Sonntagsdienst
am Sonntag, 16. Jan. (von 1 Uhr ab):
Dr. med. Leonhard, Schulstraße 4.
Dr. med. Hofstaetter, Mühlenstr. 24.
Dr. med. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22

!!! Achtung !!!
Dem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend zur gefälligen Mitteilung, daß ich am Montag, dem 17. Januar,

Gartengrube 31 eine **Schuh-Reparaturwerkstätte** eröffne.

Näßige Breite, prompte Bedienung, dauerhafte Arbeit wird garantiert.
H. Mittelstädt.

Ihre beliebten Fabrikate und Waren hält die Firma
H. L. Wiegels
vormals J. C. Bunge bestens empfohlen!
Essigfabrik: gegründet 1825.
Spezialität: Konser.-Honigessig.
Pferde- u. Großhandlung.
Marinier-Anstalt.
Spezialität: Delikatess-Rossmose.

Hasenfelle
Kanin, Marder, Füchse und Zistie, sowie Pferdehaare kauft zu den höchsten Preisen.
D. WAGNER, 8 Holstenstraße 8.

ff. gelbe Kartoffeln
a Sack Mk. 5.50; altf. **Magnum bonum**, französische und Gesellschaftskartoffeln empfiehlt billigst frei Haus. — Wiederverkäufern Ausnahmepreise.
A. Jacobsen Nachf., Meierstr. 26, T. 1440

C. Heese, 22 Hünshausen 22.

Möllers billige Fleischquelle.
Fg. Rindfleisch . . . Pfd. 50 Pfg.
Schweinefleisch . . . 70 "
Karbonade 80 "
Schinken 80 "

Achtung!
Schänke jetzt wieder 4/10 für 15 Pfg.
Karl Ritzau,
Kupfer Schmiedestraße 11.

Anstich von Bavaria-Bockbier.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. C. F. Jürss,
Engelsgrube 59.

Glödes Restaurant
Koll 4.
Heute Anstich von
Lückschem Bockbier.

Waisenhof.
Morgen Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Neu-Bauerhof
Heute Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

Am 30. Januar:
Grosser Maskenball.
Am 1. Februar:
II. Familienball.

Konzert-Haus Harmonie.
110 Sügstraße 110.
Heute Eintrittskonzert der
neuen Damen-Kapelle
Viola.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.



Der Tag

wird gut, wenn man frühmorgens ein unschädliches und wohlschmeckendes Getränk genießt. Deshalb ist Kathreiners Malzkaffee das empfehlenswerteste Morgengetränk, er beeinträchtigt nicht das Wohlbefinden und die Arbeitskraft, sondern bekommt jedermann vorzüglich.

Landverpachtung.
Die früher Beuthiensche Koppel, grenzend an Schönböckenerstr. direkt an der Schule hinter der Fackenburg Allee, ist in Parzellen zu verpachten.
Hiby & Co.
Sonntag 9 bis 12 Uhr im früher Beuthienschen Hause, gegenüber der Hansa-Halle.

Wichtig Für Bauarbeiter! Wichtig
Prima Werkzeuge für alle Bauarbeiter, als
Mörteleimer und Träger U-Bügel sägen von 1.70 Mk. an
Kalkspaten Band- und Schrottsägen
Mauerkellen von 50 Pfg. an Hands-, Stich- und Schweiffsägen
Reißel, Wasserwagen Sägenangeln, Sägenheber
Maurer- und Latzenhämmer Ziehlingen, Feilen u. Raspen
Steinmeh- u. Worschlammhammer Stechbeitel und Beitelhefte
Häufel, Zischl-, Schlosserhammer Hobel und Hobelisen
Bundart, Holzart Beißzangen und Drahtzangen
Breitbeile und Depel Vorsteiner, Winkel und Zirkel
Stichart, Klopfböizer Bohrer aller Art
Spannsägen von 1.30 Mk. an Bohrwinden von 75 Pfg. an
Alles extra Qualitätsware und billig!
Berner & Co., Braunstraße 38, Lübeck.

I. Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“
Huxstrasse 117. **Fr. Barby** Huxstrasse 117.
Übernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattungen.
Überführungen von und nach auswärts.
Großes Lager in Kränzen und Grabkreuzen.

Sehr preiswert:
Sonntag früh von 7 1/2-9 Uhr
ganz frisch gesalzen
Schnauzen Pfoten
und **Schweinekleinfleisch**
das Pfd. nur 15 Pfg.
Verkauf nur in der Fabrik Beim Rethteich 14.
Thüringer Wurst- und Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.

Café Pritzkow
Fackenburg Allee 11.
Beliebtestes Café
St. Lorenz
Zivile Preise!
Vorzügliche Kaffees u. Getränke.

Kaffeehaus Moising.
Heute Sonntag:
Große Tanzmusik.

Brauerei Fackenburg.
Sonntag, 16. Januar 1910:
Großes Bockbierfest.
Heydensche Kapelle.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf.
Rappen, Lieder u. Programm gratis.
Von 8-12 Uhr Tanzkränzchen

Turnverein Eichenkranz Schwartau-Rensefeld.

BALL
verbunden mit Kappenfest
Sonntag, 16. Januar,
im Lokale des Herrn Piquardt
„Hotel Kronprinz“.
Eintritt 1 Mk., Damen frei.
Anfang 7 Uhr. Ende 3 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Hansa-Theater.
Täglich 8 1/4 Uhr:
Nur noch wenige Aufführungen.
Gastspiel des Thalia-Theaters, Elberfeld
„Das Sensations-Ereignis“
„Donnerwetter tadello“
Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Ball. v. Julius Freund.
Musik von Paul Lincke.


1. Bild: Geburtstag der Venus.
2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin.
3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof.
4. Bild: Eine Reform-Kaserne.
5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen.
6. Bild: Auf der „Ila“ in Frankfurt a. M.
7. Bild: Der Luftschiffer-Korso.
8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose (Deutschlands Zukunft).

3 große Balletts
Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.
Sonntag nachm. 4 Uhr, bei kleinen Preisen.
Kyritz-Pyritz.
Bosse mit Gesang in 3 Aufzügen (5 Bildern) von G. Wilken und O. Jusimus.
Große Einlage:
„Das Sündenballett“
ausgeführt von 30 Damen des Corps de Ballet.
Vorverkauf nur a. d. Theaterkasse.

Wer Wert auf gute Reparatur legt und dadurch Geld sparen will, der gehe nach den

mechanischen Schuhreparatur-Werkstätten
 Warendorpstraße 20 u. Fünfhausen 7.
 Da selbige unter meiner persönlichen Leitung stehen, leiste ich volle Garantie für Haltbarkeit und saubere Ausführung bei billigsten Preisen.
J. Kalkhorst, Schuhmacher.

Perarui 321.
 Dampf-Korn-Breanerei Sunkeloh
 Lübeck.
 Trinkt **Bunteküh-Kümmel**



Gewerkschaftshaus Lübeck.

Johannisstraße 50-52.

Sonnabend, den 15. Januar 1910:

Reichhaltige Abendplatte.

Spezialität:

Blut- und Leberwurst mit Kartoffel-Püree 40 Pfg.

Sonntag, den 16. Januar 1910:

Frühstücks-Stammpfanne 30 u. 40 Pfg. ab 11 Uhr.

Mittagsstisch 65 Pfg. und höher, von 12 bis 3 Uhr.

Spezial-Abendplatte ab 6 Uhr u. a.:

Rohwürste mit Sauerkohl 30 Pfg.	Eisbein mit Erbsenpüree . . . 70 Pfg.
1/2 Gulasch m. Bratkartoffeln 40 "	Wiener Roastbraten . . . 60 "
Rundstück warm 30 "	Zungen-Ragout 60 "

Von 6 bis 11 Uhr:

Musikalische Abend-Unterhaltung.

Um zahlreichen Besuch bittet

Carl Kluth.

Große

Vogel-Ausstellung

im Gesellschaftshaus „Monopol“

Johannisstraße 25

am 15., 16. u. 17. Januar 1910.

Geöffnet von 10 bis 8 Uhr, Sonntag von 11 bis 9 Uhr.
 Eintritt 20 Pfg. Kinder 10 Pfg.



Konzerthaus Friedrichshof.

Sonntag, den 30. Januar 1910:

1. öffentliche Volks-Maskerade

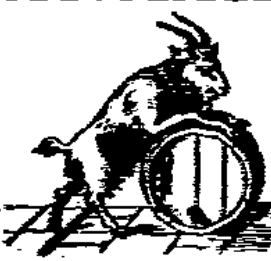
verbunden mit Kappenfest für Zuschauer.

Öffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende morgens.
 Maskenzug 7 Uhr.

Vorzugskarten a 30 Pfg. sind im Lokal zu haben.

Kappen und Kostüme, sowie Friseur im Hanje.

Kinder haben keinen Zutritt. H. Möller.



Wakenitz-Bellevue.

Heute Sonntag:

Großes Bockbierfest

Um 9 Uhr: Große Scherzpolonäse.
 H. Fürbörter.

Konzerthaus Flora.

Großer öffentlicher Maskenball

am Sonntag, dem 13. Februar 1910.

Vorzugskarten sind im Konzerthaus Flora zu haben.

Konzerthaus Friedrichshof.

Sonntag, den 16. Januar 1910:

Großes Tanzkränzchen

verbunden mit Bockbierfest.

Anfang 5 Uhr Kappen gratis. Eintritt frei.

1. öffentliche Maskerade

am Sonntag, dem 30. Januar 1910.

Vorzugskarten 30 Pfg. sind im Lokal zu haben.

Wilhelmtheater.

Heute fideles Bockbierfest.

Sonntag, den 16. Januar:



Tanzkränzchen

in nachstehenden Lokalitäten:

Central-Hallen.

Große Tanz-Musik.
 Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
 Ende 2 Uhr. W. Borgwardt.

Hansa-Halle.

Großes Bockbierfest
 mit Tanzkränzchen.
 Anfang 5 Uhr. Kappen gratis.
 C. Kühn.

FLORA.

Tanzkränzchen.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
 Ende 2 Uhr. Max Siems.

Louisenlust.

Große Tanzmusik.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
 Johs. Benn.

Friedr. Franz-Halle

G. Tanzkränzchen
 Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.
 Ende 12 U. L. Stamer.

Moislinger Baum.

Großes Tanzkränzchen.
 R. Schmachtel.

Konzerthaus Fünfhausen.

Großes Tanzkränzchen.
 Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
 Ende 2 Uhr. A. W. Neumann.

Wakenitz-Bellevue

Großes Bockbierfest.
 Mus. v. Harmon.-Klub Coreley.
 H. Fürbörter.

Friedrichshof.

Großer Tanz.
 Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
 Ende 1 Uhr. Hans Möller.

Adlershorst.

Jeden Sonntag: Tanz.

Panorama

Breitestr. 53. L. 31.

Interessante Reise durch das

Mittelmeer

mit der Vergnügungsschiff Thessa.

Reform-Theater!

Breitestraße 24.

Heute neues Programm.

Sonntag nachmittag 2 Uhr:

Kindervorstellung,

u. a. Robert u. Bertram

Die lustigen Vagabunden.

Aus unsern Kolonien

u. a. m.

Von 4 Uhr an großes Programm:

Aus der Schreckszeit

Frankreichs.

Großes Drama und humoristisches

Stadthallen-theater.

Sonntag, 16. Januar. 7 1/2 Uhr.

Liebeslisten (Lethe).

Schwank von Gebbin.

Vorher: „Margot“, Schauspiel

in 1 Akt aus dem Zyklus „Nosen“

von G. Subermann.

Vorverkauf täglich in den bekanntesten

Stellen bei Nagel, Markt 14, und

Rob. Söhlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 16. Jan. Nachm. 3 Uhr.
 Auser 10. Nachmittagspreise.
Schneewittchen mit Ballett.
 Sonntag, 16. Jan. Abends 7 Uhr.
 Voll-Abonnement 105.

Die Fledermaus.

Operette von Strauß.

Montag, 17. Januar. 7 1/2 Uhr.

König Lear.

Tragödie von Shakespeare.

Metropol-Theater

Lübeck

Breitestrasse, Ecke Huxstr.

Erstklassige

Licht- und Tonbild-Bühne.

Das absolut neue Programm dieser Woche:

Eingemauert.

Herrliches Drama aus dem Jahre 1869. Ein jeder, welcher dieses Bild mit richtigem Verständnis sieht, wird einen Ausfluß des Entzückens nicht unterdrücken können.

Von Bremen nach Neuyork. Großartige Naturaufnahme.

Die entflozene Braut. Humoristisch.

Die Bürgerschaft. Nach v. Schiller.

Genaue nach dem berühmten Gedicht ausgearbeitet. Dieses Bild wird hauptsächlich nachmittags vorgeführt und sollte deshalb jeder Verehrer dieses herrlichen Gedichtes sich dasselbe ansehen.

Die Bienna. Sehr interessante Naturaufnahme.

Hansen & Co. Humoristisch.

Die Gastfreundschaft der Korsin.

Tragödie aus Korsika.

Im Aquarium. Die erste Unterwasser-

Aufnahme, welche in Lübeck gezeigt wurde. Außerordentlich interessant und lehrreich.

Der Schullehrer. Lebensbild.

Die Vogelscheuche. Humoristisch.

Er muß wandern von einer Bank zur andern. Humor.

„Mädel klein, Mädel fein“, Tonbild aus der Operette „Graf von Luxemburg“.

Außerdem das große Programm dieser Woche.

Gesangverein „Eintracht“



BALL

am Sonntag, dem 16. Januar 1910,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.

Der Vorstand.

Voriäufige Anzeige.



Arbeiter-Radfahrer-Verein

Lübeck.

Frühjahrsvergnügen

verbunden mit Kappenfest und Saalfahren

am Sonntag, d. 27. Februar 1910

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Eintrittskarten sind zu haben im Gewerkschaftshaus, Friedrich

Leeke, Schwartzauer Allee 70b und bei den Komiteemitgliedern.

Das Festkomitee.

NB. Gleichzeitig machen wir hiermit bekannt, daß der Ball der Kunst-

fahrer-Trippe „Früh auf“ nicht von unserm Verein veranstaltet wird.

D. O.

Großer Maskenball

verbunden mit Kappenfest

des Gesangvereins „Einigkeit“ St. Gertrud

unter Mitwirkung des Arbeiter-Turnvereins

am Sonntag, d. 30. Januar 1910

in sämtlichen Räumen des Etablissements Neu-Lauerhof.

Saaloöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Maskenzug 8 Uhr. — Demaskierung 12 Uhr.

Tanz für Zuschauer von 6-8 Uhr und von 12-4 Uhr.

Eintritt für Mitglieder 40 Pfg., Fremde 80 Pfg., Masken 80 Pfg.

Fremde Pierottis und Kinder haben keinen Zutritt.

Das Komitee.

NB. Karten sind zu haben beim Gastwirt J. Groth, Kottwitzerstraße,

Gutsche, Neu-Lauerhof, Volkstätt, Lüchowstraße 10.

Maskenanzüge sind im Balllokal zu haben.